

VERGABEUNTERLAGEN

2026001596

Reutersbrunnenstr. 34, Neubau KJND und KJHZ, Baustrom und
Baubeleuchtung

Offenes Verfahren (EU) (VOB)

Ausschreibung

AUFTRAGGEBER

Stadt Nürnberg Hochbauamt

Marientorgraben 11, 90402 Nürnberg, Deutschland

29.05.2026

Inhaltsverzeichnis

Vergabeunterlagen	1
Projektinformation	1
Vertragsbedingungen/Formulare.....	5
Zusätzliche Vertragsbedingungen (ZVB)_eRechnung	5
Besondere Vertragsbedingungen (BVB) VOB	11
Ergänzende Bedingungen zur Rechnungsstellung_eRechnung.....	11
Ergänzende Erklärungen zur Angebotsabgabe	13
Datenschutzhinweis Vergabeverfahren.....	15
Datenschutzhinweis Bieterkartei	17
Merkblatt Baumschutz auf Baustellen	19
RS_EU_Sanktion_bmwsb_eigenerklaerung.pdf	20
Produkte/Leistungen	22
Eignungskriterien.....	70
Leistungskriterien	73
Anlagen	75

Allgemeine Informationen zum Verfahren

Es ist beabsichtigt, die in der Leistungsbeschreibung bezeichneten Leistungen zu vergeben. Einzelheiten ergeben sich aus den Vergabeunterlagen.

Projektinformationen	
Projektnummer:	2026001596
Projektname:	Reutersbrunnenstr. 34, Neubau KJND und KJHZ, Baustrom und Baubeleuchtung
Gewerk:	
Projektbeschreibung:	Herstellen und Warten von Baustrom und Baubeleuchtung für die Maßnahme Reutersbrunnenstr. 34, Neubau KJND und KJHZ
CPV-Code	Code Bezeichnung
	31527260-6 Beleuchtungssysteme
	45315100-9 Elektrotechnikinstallation
	65310000-9 Stromversorgung
Vergabeart:	Offenes Verfahren (EU) gemäß VOB
Termine	
Bekanntmachung am:	29.05.2026
Einreichungsfrist Teilnahmeantrag:	bis einschließlich um Uhr
Angebotsfrist:	bis einschließlich 29.06.2026 um 09:30:00 Uhr
Eröffnungstermin:	am ab Uhr
Bindefrist:	bis einschließlich 21.08.2026
geplante Ausführungsdauer:	vom 14.09.2026 bis einschließlich 30.03.2029
Anmerkungen zur Ausführungsdauer:	Fertigstellung Baustrom bis vsl. 25.09.2026 bzw. gemäß Bauzeitenplan

1. Auskünfte

Auskünfte erteilt die Vergabestelle (sofern in der Leistungsbeschreibung keine abweichenden Angaben gemacht werden). Der Einwand, dass der Bieter über den Umfang der Leistung oder über die Art und Weise der Ausführung nicht genügend unterrichtet gewesen sei, wird ausgeschlossen.

Die Kommunikation mit der Vergabestelle erfolgt ausschließlich über das Nachrichtenmodul im Vergabemanagementsystem der Deutschen eVergabe. Bieterfragen müssen unter "Nachrichten" im eVergabe Bieterassistenten gestellt, sowie Antworten dort geprüft werden. Fragen auf anderen Kommunikationswegen, wie telefonische, schriftliche oder E-Mail Anfragen werden nicht beantwortet. Den Assistenten erreichen Sie unter folgender Adresse:

<https://portal.deutsche-evergabe.de>. Bieterfragen müssen bis spätestens **19.06.2026 13:00 Uhr** eingegangen sein, für später eingehende Fragen wird deren Beantwortung nicht zugesichert. Hinweis: Sie erhalten unmittelbar nach Beantwortung einer Bieterfrage eine Benachrichtigung per E-Mail über das Vorliegen von Antworten im Bieterassistenten. Sie müssen daher alle Antworten im Assistenten prüfen und dort zur Kenntnis nehmen.

2. Kriterien für die Auftragsvergabe

Bewertungsmethode: Niedrigster Preis

Gewichtung: siehe in der Leistungsbeschreibung

Gelten besondere Zuschlagskriterien, werden diese bekannt gemacht und können dann als Wertungsmatrix in der Angebotsmaske des Bieterassistenten eingesehen werden.

3. Bedarfspositionen

Eventuelle Bedarfspositionen werden grundsätzlich gewertet.

4. Mehrere Hauptangebote

Mehrere Hauptangebote sind nicht zulässig.

5. Nebenangebote

Nebenangebote sind nicht zugelassen

Hinweise für das Erstellen von Nebenangeboten:

Falls die Abgabe von Nebenangeboten zugelassen ist, sind diese über die Option „Nebenangebote erstellen“ zu erstellen und nicht als Anlage des Hauptangebots hochzuladen. Eine genaue Anleitung für die korrekte Erstellung von Nebenangeboten finden Sie hier.

6. Preisnachlässe

Es werden nur Preisnachlässe gewertet, die ohne Bedingungen als Vomhundertsatz auf die Abrechnungssumme gewährt werden und an der dafür vorgesehenen Stelle (in der Angebotsmaske des Bieterassistenten im Unterpunkt "Nachlass") aufgeführt sind. Nicht zu wertende Preisnachlässe (z.B. Skonti) bleiben Inhalt des Angebotes und werden im Fall der Auftragserteilung Vertragsinhalt.

Soweit nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart ist, wird ein als Vomhundertsatz angebotener Preisnachlass bei der Abrechnung und den Zahlungen von den Einheits- und Pauschalpreisen abgezogen, auch von denen der Nachträge, deren Preise auf der Grundlage der Preisermittlung für die vertragliche Leistung zu bilden sind. Änderungssätze bei vereinbarter Lohnleitklausel werden durch den Preisnachlass nicht verringert.

7. Losaufteilung

Eine Losaufteilung ist vorgesehen: Nein
Art der Losauswahl:

8. Eigene Geschäftsbedingungen

Werden dem Angebot eigene Vertrags- oder Geschäftsbedingungen des Bieters (z.B. Individualklauseln, AGB, Eigentumsvorbehalte, Zahlungsziele) beigelegt, wird das Angebot gem. § 13 Abs. 1 Nr. 5 Satz 1 VOB/A iVm. § 16 Abs. 1 Nr. 2 VOB/A bzw. gem. § 13 EU Abs. 1 Nr. 5 Satz 2 VOB/A iVm. § 16 EU Nr. 2 VOB/A ausgeschlossen, wenn eine Aufklärung ergibt, dass der Bieter an seinen Bedingungen festhalten möchte und damit tatsächlich von den Inhalten der Vergabeunterlagen abweichen will.

9. Vergabeunterlagen/ Vertragsbedingungen

Mit der Angebotsabgabe werden die im Angebotsassistenten (Workflowpunkte Vertragsbedingungen/Formulare und Produkte/Leistungen) hinterlegten und aufgeführten Vertragsbedingungen, die Leistungsbeschreibung sowie die VOB/B und die VOB/C, in der am Tage der Angebotseröffnung jeweils gültigen Fassung, Vertragsbestandteil. Die Rangfolge richtet sich nach §1 VOB/B.

Insbesondere sind die Bewerbungsbedingungen und die ergänzende Erklärung zur Angebotsabgabe zu beachten, die bereits mit Angebotsabgabe verbindlich gelten.

10. Bindefrist

Mit Abgabe des Angebots ist der Bieter bis zum Ablauf der Bindefrist an sein Angebot gebunden.

11. Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen

Eine wissentlich unvollständige oder falsche Erklärung im Vergabeverfahren kann den Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge haben.

12. Datenschutz

a) Verarbeitung personenbezogener Daten durch freiwillige Angabe:
Die von den Bietern erbetenen personenbezogenen Angaben werden im Rahmen des Vergabeverfahrens verarbeitet und gespeichert. Die Angaben erfolgen freiwillig und sind Voraussetzung für die Berücksichtigung des Angebotes.

b) Qualifizierter Datenschutzhinweis:
Ein qualifizierter Datenschutzhinweis im Zusammenhang mit der Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Konzessionen ist Bestandteil der Vergabeunterlagen.

c) Personenbezogene Daten Dritter:
Werden der Auftraggeberin personenbezogene Daten Dritter (z.B. von Mitarbeitern des Auftragnehmers/der Auftragnehmerin) als Betroffene übermittelt, so ist der Auftragnehmer/die Auftragnehmerin für die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Verpflichtungen diesbezüglich eigenständig verantwortlich. Auf die Freiwilligkeit ihrer Angaben ist hinzuweisen und der qualifizierte Datenschutzhinweis der Auftraggeberin ist den Betroffenen bekannt zu machen.

13. Form der Angebotsabgabe

Durch die elektronische Angebotsabgabe ist das Textformerfordernis gemäß § 126 b BGB erfüllt. Die Angebotsabgabe auf herkömmlichem vollständig schriftlichem Weg (Papierform) ist in diesem Verfahren nicht zugelassen.

Bei Rückfragen zur Bedienung der Software wenden Sie sich bitte an den Support der Firma Healy Hudson: Diesen erreichen Sie über die Schaltfläche/Funktion "Support aktivieren" in Ihrem Angebotsassistenten oder über die E-Mailadresse service-bieter@deutsche-evergabe.de. Die Angebotsunterlagen sind in der Eingabemaske im Bieterassistenten auszufüllen und bis zum Einreichungstermin über die Vergabepattform abzugeben. Die Angebotsfrist finden Sie unter Allgemeines > Termine. Um Angebote außerhalb des Vergabemanagementsystems elektronisch bearbeiten zu können, verwenden Sie bitte Ihre Kalkulationssoftware oder eines der im Internet kostenlos zur Verfügung gestellten AVA-Programme (z. B. unter www.heitker.de).

14. Kalkulation

Von den für die Beauftragung in Frage kommenden Bietern sind ausgefüllte Kalkulationsblätter 221 oder 222, nach ihrer Kalkulationsmethode, sowie zusätzlich 223 vor der Auftragserteilung zu übermitteln. Im Formblatt 223 sind alle Positionen des Leistungsverzeichnisses aufzugliedern. Bis zu einer Angebotssumme von 50.000 € behält sich der Auftraggeber vor, nur ausgewählte Positionen im Formblatt 223 aufgliedern zu lassen. Die Nachforderung der Aufgliederung der Leistungen des/der Nachunternehmer(s) wird vorbehalten.

15a. Nachprüfungsstelle für nationale Verfahren nach VOB/A

Regierung von Mittelfranken

VOB-Stelle

Promenade 27, 91522 Ansbach

15b. Nachprüfungsbehörde für EU-weite Verfahren nach VOB/A

Vergabekammer Nordbayern

bei der Regierung von Mittelfranken

Promenade 27, 91522 Ansbach

16. Wichtige Bieterhinweise

Es wird vorsorglich darauf hingewiesen, dass Änderungen der Ausschreibungsunterlagen zwingend zum Angebotsausschluss führen, auch wenn diese unabsichtlich oder unbewusst erfolgen.

Zu einer Änderung der Ausschreibungsunterlagen kann es beispielsweise durch Angebotserläuterungen, welche der Leistungsbeschreibung oder den Vertragsbedingungen widersprechen, kommen, ebenso durch Textergänzungen oder Eintragungen in die Vergabeunterlagen.

Eigene Vertragsbedingungen des Bieters (insbesondere Liefer-, Vertrags- und Zahlungsbedingungen, unabhängig davon ob es sich um vorformulierte Geschäftsbedingungen oder Individualklauseln handelt) werden in keinem Fall Vertragsbestandteil. Darunter fallen beispielsweise auch Hinweise zum Zahlungsziel, zum Gerichtsstand oder die Erklärung von Eigentumsvorbehalten. Werden dennoch eigene Vertragsbedingungen mit dem Angebot eingereicht, wird die Auftraggeberin im Rahmen des rechtlich Zulässigen aufklären, ob es sich bei der Beifügung um ein Missverständnis oder ein Versehen handelt und inwieweit der Bieter an seinen Vertragsbedingungen festhalten will. Sieht der Bieter von seinen eigenen Vertragsbedingungen ab und erklärt, dass er an diesen nicht festhält und verbleibt nach deren Streichung ein dem maßgeblichen Inhalt der Vergabeunterlagen vollständig entsprechendes Angebot, erfolgt kein Ausschluss des Angebotes. Will der Bieter hingegen von seinen Vertragsbedingungen keinen Abstand nehmen, liegt eine gewollte Änderung der Vergabeunterlagen vor, die zum Angebotsausschluss führt.

Des weiteren können Angebote nicht gewertet werden, die nicht rechtzeitig vor dem Ende der Angebotsfrist im System eingestellt sind.

Geänderte Leistungen können nur im Rahmen von Nebenangeboten abgegeben werden, wenn diese ausdrücklich zugelassen sind. Um gewertet zu werden, müssen Nebenangebote als solche gekennzeichnet sein. Nebenangebote müssen gleichwertig zur ausgeschriebenen Leistung sein.

Die nachträgliche Änderung eines Angebots ist nicht möglich. Dies betrifft nicht nur die Angebotspreise, sondern z.B. auch Fabrikate, die Bauzeit oder den Umfang der Eigenleistung.

Zusätzliche Vertragsbedingungen

1. Preisermittlungen

- 1.1 Der Auftragnehmer hat auf Verlangen die Preisermittlung für die vertragliche Leistung dem Auftraggeber verschlossen zur Aufbewahrung zu übergeben.
- 1.2 Sind nach § 2 Abs. 3, 5, 6, 7 und/oder 8 Nr. 2 VOB/B Preise zu vereinbaren, hat der Auftragnehmer seine Preisermittlungen für diese Preise und für die vertragliche Leistung einschließlich der Aufgliederung der Einheitspreise spätestens mit dem Nachtragsangebot vorzulegen sowie die erforderlichen Auskünfte zu erteilen.
Der Auftragnehmer trägt die Darlegungs- und Beweislast für die von ihm beanspruchte geänderte bzw. zusätzliche Vergütung. Es ist von ihm daher zu belegen, welche Mehr- und Minderkosten entstanden sind bzw. dass die Zusatzvergütung der Höhe nach aus der Kalkulation des Hauptvertrages abgeleitet ist. Dies umfasst erforderlichenfalls auch die Vorlage von Angeboten oder Rechnungen, welche der Kalkulation des hauptvertraglichen Preises und/oder des Nachtragspreises zugrunde liegen.
- 1.3 Die Nummern 1.1 und 1.2 gelten auch für Nachunternehmerleistungen.

2. Bautagesberichte

Der Auftragnehmer hat Bautagesberichte zu führen und dem Auftraggeber täglich zu übergeben. Sie müssen alle Angaben enthalten, die für die Ausführung und Abrechnung des Auftrages von Bedeutung sein können. Dies können je nach Art der Leistung insbesondere sein:

- Wetter, Temperaturen,
- Zahl und Art der auf der Baustelle beschäftigten Arbeitskräfte,
- Zahl und Art der eingesetzten Großgeräte sowie deren Zu- und Abgang,
- Anlieferung von Hauptbaustoffen und Bauteilen nach Zeit, Menge und Lieferanten,
- Art, Umfang und Ort der geleisteten Arbeiten mit den wesentlichen Angaben über den Baufortschritt (Beginn und Ende von Leistungen größeren Umfanges, Betonierungszeiten und dergleichen),
- Behinderung und Unterbrechung der Ausführung,
- Arbeitseinstellung mit Angabe der Gründe,
- Unfälle und sonstige wichtige Vorkommnisse.
- Gründe von Abweichungen oder für die Änderung von bisher vorgesehenen Leistungen oder Zusätze dazu
- Etwaige Aufmaßvorgänge
- Anwesenheiten oder Abwesenheiten von Aufsichtspersonal (einschließlich Architekten und Ingenieure) sowie deren Weisungen

3. Werbung

Werbung auf der Baustelle ist nur nach vorheriger Zustimmung des Auftraggebers zulässig.

4. Kündigung aus wichtigem Grund

Unbeschadet sonstiger Kündigungsrechte ist der Auftraggeber gemäß § 648 a BGB berechtigt, den Vertrag fristlos aus wichtigem Grund zu kündigen. Ein wichtiger Grund kann z.B. vorliegen, wenn der Auftragnehmer oder seine Mitarbeiter Personen, die auf Seiten des Auftraggebers mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind oder ihnen nahestehenden Personen Vorteile anbietet, verspricht oder gewährt. Solchen Handlungen des Auftragnehmers selbst stehen Handlungen von Erfüllungsgehilfen des Auftragnehmers gleich. Dabei ist es gleichgültig, ob die Vorteile den vorgenannten Personen oder in ihrem Interesse einem Dritten angeboten, versprochen oder gewährt werden. In diesen Fällen gelten § 8 Abs. 3, 5, 6 und 7 VOB/B entsprechend.

5. Wettbewerbsbeschränkungen

- 5.1 Wenn der Auftragnehmer aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt, hat er einen pauschalen Schadensersatz in Höhe von 15 v.H. der Bruttoauftragssumme an den Auftraggeber zu zahlen, es sei denn, dass ein Schaden in anderer Höhe nachgewiesen wird. Dies gilt auch, wenn der Vertrag gekündigt wird oder bereits erfüllt ist. Sonstige vertragliche oder gesetzliche Ansprüche des Auftraggebers, insbesondere solche aus § 8 Abs. 4 VOB/B, bleiben unberührt.
- 5.2 Als unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen i.S.d. Ziffer 5.1 gelten insbesondere Verabredungen und Verhandlungen mit anderen Bietern über:
- die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten,
 - die zu fordernden Preise,
 - Bindungen sonstiger Entgelte,
 - Gewinnaufschläge,
 - Verarbeitungsspannen und andere Preisbestandteile,
 - Zahlungs-, Lieferungs- und andere Vertragsbedingungen, soweit sie unmittelbar oder mittelbar den Preis beeinflussen,
 - Entrichtung von Ausfallentschädigungen oder Abstandszahlungen,
 - Gewinnbeteiligungen oder andere Aufgaben, sowie Empfehlungen, es sei denn, dass sie nach § 24 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) zulässig sind. Solchen Handlungen des Auftragnehmers selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die von ihm beauftragt oder für ihn tätig sind.

6. Abrechnung

- 6.1 Aus Abrechnungszeichnungen oder anderen Aufmaßunterlagen müssen alle Maße, die zur Prüfung einer Rechnung nötig sind, unmittelbar zu sehen sein.
- 6.2 Die Originale der Aufmaßblätter, Wiegescheine und ähnlicher Abrechnungsbelege erhält der Auftraggeber, die Durchschriften der Auftragnehmer.
- 6.3 Bei Aufmaß und Abrechnung sind Längen und Flächen auf zwei Stellen nach dem Komma, Rauminhalte und Gewichte auf drei Stellen nach dem Komma zu runden. Geldbeträge sind auf zwei Stellen nach dem Komma zu runden.

7. Preisnachlässe

Soweit nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart ist, wird ein als v.H.-Satz angebotener Preisnachlass bei der Abrechnung und den Zahlungen von den Einheits- und Pauschalpreisen abgezogen, auch von denen der Nachträge, deren Preise auf der Grundlage der Preisermittlung für die vertragliche Leistung zu bilden sind. Änderungssätze bei vereinbarter Lohngleitklausel werden durch den Preisnachlass nicht verringert.

8. Bauabrechnung mit DV-Anlagen

Führt der Auftragnehmer die Abrechnung ganz oder teilweise mit DV-Anlagen aus (Leistungsberechnung), so gelten zusätzlich folgende Bedingungen:

- 8.1 Rechenverfahren/DV-Programme:
Die verwendeten DV-Programme müssen den in der „Sammlung der Regelungen für die elektronische Bauabrechnung (Sammlung REB)“ enthaltenen Allgemeinen Bedingungen (REB-Allg.) und Verfahrensbeschreibungen (REB-VB) entsprechen. Andere DV-Programme dürfen nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers verwendet werden.
- 8.2 Vereinbarung:
Rechtzeitig vor Beginn der ersten Abrechnungsarbeiten (z.B. Aufmaße) sind, gegebenenfalls getrennt für einzelne Ordnungszahlen (Positionen), schriftlich zu vereinbaren:
- Art der Leistungserfassung (z.B. gemeinsame Aufmaße, gegebenenfalls Aufmaßtechnik, Entwurfsunterlagen),

- wenn eine Abrechnung nach Entwurfsunterlagen (Zeichnungen, Berechnungen) beabsichtigt ist; Festlegung, ob der Auftraggeber Unterlagen auf Datenträger zur Verfügung stellt,
- besondere geometrische Bedingungen (z.B. Profilabstände, Lage der Querprofile bei gekrümmter Achse, Behandlung von Böschungsausrundungen),
- Festlegung der Berechnungsabschnitte,
- Herkunft der Eingabedaten für die Messwertaufbereitung, für die Berechnung von Profilbegrenzungen und für die Mengenberechnung,
- Festlegung der zugrunde zulegenden REB-VB,
- wenn dem Auftraggeber die Eingabedaten auf Datenträger zu übergeben sind: DV-spezifische Einzelheiten zu den Datenträgern,
- gegebenenfalls Eingabe-Kapazitätsgrenzen, die je Rechenlauf bei der Leistungsberechnung einzuhalten sind.

8.3 Datenträger:
Sind dem Auftraggeber Eingabedaten auf Datenträgern zu liefern, so sind diese erst nach Durchführung der Leistungsberechnung herzustellen und eindeutig zu kennzeichnen.

8.4 Berichtigung der Leistungsberechnung:
Werden bei Prüfung der Leistungsberechnung fehlerhafte Eingabedaten oder falsche Rechenergebnisse festgestellt, so ist die Leistungsberechnung vom Auftragnehmer im erforderlichen Umfang zu wiederholen.

9. Rechnungen

- 9.1 Rechnungen sind ihrem Zweck nach als Abschlags-, Teilschluss- oder Schlussrechnung zu bezeichnen; die Abschlags- und Teilschlussrechnungen sind durchlaufend zu nummerieren.
- 9.2 In jeder Rechnung sind die Teilleistungen in der Reihenfolge, mit der Ordnungszahl (Position) und der Bezeichnung – gegebenenfalls abgekürzt – wie im Leistungsverzeichnis aufzuführen.
- 9.3 Die Rechnungen sind mit den Vertragspreisen ohne Umsatzsteuer (Nettopreise) in Euro aufzustellen: der Umsatzsteuerbetrag ist am Schluss der Rechnung mit dem Steuersatz einzusetzen, der zum Zeitpunkt des Entstehens der Steuer, bei Schlussrechnungen zum Zeitpunkt des Bewirkens der Leistung, gilt. Beim Überschreiten von Vertragsfristen, die der Auftragnehmer zu vertreten hat, wird die Differenz zwischen dem aktuellen Umsatzsteuerbetrag und dem bei Fristablauf maßgebenden Umsatzsteuerbetrag nicht erstattet.
- 9.4 In jeder Rechnung sind Umfang und Wert aller bisherigen Leistungen und die bereits erhaltenen Zahlungen mit gesondertem Ausweis der darin enthaltenen Umsatzsteuerbeträge anzugeben.
- 9.5 Die zum uneingeschränkten Vorsteuerabzug erforderlichen gesetzlichen Pflichtangaben nach § 14 Abs. 4 und § 14a UStG sind einzuhalten.
- 9.6 Die Rechnungen müssen neben den Rechnungspositionen und erläuternden Unterlagen wie Aufmaß, Pläne, Lieferscheine oder sonstige Nachweise und erläuternden Unterlagen Dritter folgende Angaben enthalten: Neben den gesetzlichen Vorgaben sind die LeitwegID, der Name der Dienststelle für welche die Leistung erbracht wurde einschließlich Ergänzungen wie Einrichtung, Abteilung, Sachgebiet, Sachbearbeitung, und Auftragsbezug (z.B. Bestellnummer, Lieferort, Leistungsort unter Angabe von Adresse und Gebäude, sofern mehrere Gebäude unter einer Anschrift zu finden sind) anzugeben. Diese Angaben werden vom Auftraggeber mit den ergänzenden Bedingungen zur Rechnungsstellung vorgegeben.

10. Stundenlohnarbeiten

Der Auftragnehmer hat für ausgeführte Stundenlohnarbeiten arbeitstäglich Stundenlohnzettel in zweifacher Ausfertigung einzureichen. Diese müssen außer den Angaben nach § 15 Abs. 3 VOB/B

- das Datum,
- die Bezeichnung der Baustelle,

- die genaue Bezeichnung des Ausführungsortes innerhalb der Baustelle,
- die Art der Leistung,
- die Namen der Arbeitskräfte und deren Berufs-, Lohn- oder Gehaltsgruppe,
- die geleisteten Arbeitsstunden je Arbeitskraft, ggf. aufgegliedert nach Mehr-, Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit, sowie nach im Verrechnungssatz nicht enthaltenen Erschwerissen und
- die Gerätekenngrößen

enthalten. Stundenlohnrechnungen müssen entsprechend den Stundenlohnzetteln aufgegliedert werden. Die Originale der Stundenlohnzettel behält der Auftraggeber, die bescheinigten Durchschriften erhält der Auftragnehmer.

11. Rechtliche Verpflichtungen des Auftragnehmers als Arbeitgeber

Der Auftragnehmer hat bei der Ausführung der Leistung alle für ihn geltenden rechtlichen Verpflichtungen einzuhalten, insbesondere den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wenigstens diejenigen Mindestbedingungen einschließlich des Mindestentgelts zu gewähren, die nach dem Mindestlohngesetz, einem nach dem Tarifvertragsgesetz mit den Wirkungen des Arbeitnehmerentsendegesetzes (AEntG) für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag oder einer nach § 7, § 7a oder § 11 AEntG oder einer nach § 3a AÜG erlassenen Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden, sowie gem. § 7 Abs. 1 AGG und § 3 Abs. 1 EntgTranspG Frauen und Männern bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit gleiches Entgelt zu bezahlen. Der Auftragnehmer hat die Einhaltung der Verpflichtungen auf Verlangen durch die Vorlage prüffähiger Unterlagen nachzuweisen. Bei einem Einsatz von Nach- oder Subunternehmern sind diese durch den Auftragnehmer entsprechend zu verpflichten und haben die Einhaltung der Verpflichtungen in gleicher Weise auf Verlangen nachzuweisen.

Erhalten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die zur Erfüllung von Vertragsleistungen des Auftragnehmers eingesetzt sind, für tatsächlich geleistete Arbeit das ihnen nach den vorstehenden Bestimmungen zustehende Entgelt nicht, nicht vollständig oder nicht termingerecht, so hat der Auftragnehmer als sofort fällige Pflicht gegenüber dem Auftraggeber an alle betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die vorenthaltenen Entgelte zu zahlen. Der Auftragnehmer hat die erforderlichen Kosten für Dolmetscherdienste sowie für anwaltliche Betreuung der betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu erstatten und übliche Vorschüsse zu leisten. Bei begründetem Verdacht von Verstößen gegen die Mindestlohnpflichten hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber nachzuweisen, dass alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer den ihnen tariflich zustehenden Lohn auch tatsächlich erhalten haben; dies kann z.B. durch Testat eines Wirtschaftsprüfers erfolgen. Bis zum Nachweis der vollständigen Erfüllung der Mindestlohnpflichten ist der Auftraggeber berechtigt, fällige Zahlungen bis zu 5 % der Bruttoauftragssumme zurückzubehalten. Der Auftragnehmer wird darauf hingewiesen, dass sich die Stadt Nürnberg vorbehält, bei einem begründeten Verdacht von Verstößen gegen die genannten Verpflichtungen, die Zollbehörden hierüber in Kenntnis zu setzen.

12. Zahlungen

- 12.1 Alle Zahlungen werden bargeldlos im Überweisungsverkehr in Euro geleistet.
- 12.2 Bei Arbeitsgemeinschaften werden Zahlungen mit befreiender Wirkung für den Auftraggeber an den für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigten Vertreter der Arbeitsgemeinschaft oder nach dessen schriftlicher Weisung geleistet. Dies gilt auch nach Auflösung der Arbeitsgemeinschaft.
- 12.3 Für Abschlagszahlungen i.S.d. § 16 Abs. 1 Nr. 1 Satz 3 VOB/B für eigens angefertigte und bereitgestellte Bauteile sowie die auf der Baustelle angelieferten Stoffe und Bauteile, die noch nicht eingebaut sind, ist stets besondere Sicherheit durch selbstschuldnerische Bürgschaft für den Zahlungsbetrag incl. Mehrwertsteuer zu leisten (Abschlagszahlungsbürgschaft).
- 12.4 Für sonstige Vorauszahlungen i.S.d. § 16 Abs. 2 VOB/B ist stets besondere Sicherheit durch selbstschuldnerische Bürgschaft für den Zahlungsbetrag incl. Mehrwertsteuer zu leisten (Vorauszahlungsbürgschaft)

13. Überzahlungen

- 13.1 Im Falle einer Überzahlung hat der Auftragnehmer den überzahlten Betrag zu erstatten. Leistet er innerhalb von 14 Kalendertagen nach Zugang des Rückforderungsschreibens nicht, befindet er sich ab diesem Zeitpunkt mit seiner Zahlungsverpflichtung in Verzug und hat Verzugszinsen in Höhe von 9 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz des § 247 BGB zu zahlen. Auf einen Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs.3 BGB) kann sich der Auftragnehmer nicht berufen.
- 13.2 Die Verjährungsfrist für diese Ansprüche des Auftraggebers beträgt acht Jahre, sie beginnt mit der Schlusszahlung.

14. Sicherheitsleistung

- 14.1 Soweit in den Besonderen Vertragsbedingungen keine abweichende Vereinbarung getroffen wurde und die Auftragssumme mindestens 250.000 Euro ohne Umsatzsteuer beträgt, ist Sicherheit für die Vertragserfüllung und Mängelansprüche in Höhe von 5 Prozent der Bruttoauftragssumme (ohne Nachträge) zu leisten.

Bis zur Übergabe der Sicherheit für Mängelansprüche haftet die Sicherheit für Vertragserfüllung und Mängelansprüche auch für die Mängelansprüche des Auftraggebers nach der Abnahme der Leistungen des Auftragnehmers (kombinierte Vertragserfüllungs- und Mängelansprachesicherheit).

- 14.2 Nach Abnahme kann der Auftragnehmer verlangen, dass die Sicherheit für Mängelansprüche bis auf 3 Prozent der Summe der Abschlagszahlungen zum Zeitpunkt der Abnahme (vorläufige Abrechnungssumme, inkl. Umsatzsteuer) zuzüglich der voraussichtlichen Aufwendungen für die Beseitigung festgestellter Mängel verringert oder die Bürgschaft ausgetauscht wird.
- 14.3 Eine nicht verwertete Sicherheit für Mängelansprüche wird zurückgegeben, wenn die Verjährungsfristen für Mängelansprüche abgelaufen sind (§ 17 Abs.8 Nr.2 VOB/B). Soweit zu diesem Zeitpunkt die geltend gemachten Ansprüche noch nicht erfüllt sind, darf der Auftraggeber einen entsprechenden Teil der Sicherheit zurückhalten.

15. Bürgschaften

- 15.1 Wird Sicherheit durch Bürgschaft geleistet, ist dafür das jeweils einschlägige Formblatt des Auftraggebers zu verwenden oder die Bürgschaftserklärung muss den Formblättern des Auftraggebers entsprechen und zwar für

die Vertragserfüllung und Mängelansprüche	das Formblatt kombinierte „Vertragserfüllungs- und Mängelansprachebürgschaft“
die Mängelansprüche	das Formblatt „Mängelansprachebürgschaft“
vereinbarte Abschlagszahlungen gemäß § 16 Absatz 1 Nummer 1 Satz 3 VOB/B	das Formblatt „Abschlagszahlungsbürgschaften“
vereinbarte Vorauszahlungen gemäß § 16 Abs.2 Nr.1 S.1 VOB/B	das Formblatt „Vorauszahlungsbürgschaften“

- 15.2 Die Bürgschaftsurkunden müssen den Anforderungen des Auftraggebers entsprechen (§ 17 Abs.4 Satz 2 Halbsatz 2 VOB/B). Hierunter fallen ggf. folgende Erklärungen des Bürgen:

- "Der Bürge übernimmt für den Auftragnehmer die selbstschuldnerische Bürgschaft nach deutschem Recht.
- Auf die Einrede der Vorausklage gemäß § 771 BGB wird verzichtet.
- Die Bürgschaft ist unbefristet; sie erlischt mit der Rückgabe dieser Bürgschaftsurkunde.
- Die Bürgschaftsforderung verjährt nicht vor der gesicherten Hauptforderung Nach Abschluss des Bürgschaftsvertrages getroffene Vereinbarungen über die Verjährung der Hauptforderung zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer sind für den Bürgen nur im Falle seiner schriftlichen Zustimmung bindend.
- Ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus dem Bürgschaftsvertrag ist – soweit gesetzlich zulässig- Nürnberg.

- 15.3 Die Urkunde über die Abschlagszahlungsbürgschaft wird zurückgegeben, wenn die Stoffe und Bauteile, für die Sicherheit geleistet worden ist, eingebaut sind.
- 15.4 Die Urkunde über die Vorauszahlungsbürgschaft wird zurückgegeben, wenn die Vorauszahlung auf fällige Zahlungen angerechnet worden ist.

16. Verträge mit ausländischen Auftragnehmern

Bei Auslegung des Vertrages ist ausschließlich der in deutscher Sprache abgefasste Vertragswortlaut verbindlich. Erklärungen und Verhandlungen erfolgen in deutscher Sprache. Für die Regelung der vertraglichen und außervertraglichen Beziehungen zwischen den Vertragspartnern gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland.

17. Gerichtsstand

Ausschließlicher Gerichtsstand für Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist – soweit gesetzlich zulässig – Nürnberg.

Besondere Vertragsbedingungen

Die §§-Angaben beziehen sich auf die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen (VOB/B).

Maßnahme: Reutersbrunnenstr. 34, Neubau KJND und KJHZ, Baustrom und Baubeleuchtung

Gewerk:

1. Ausführungsfristen (§ 5)

Fristen für Beginn und Vollendung der Leistung (=Ausführungsfristen):

1.1 Mit der Ausführung ist zu beginnen am: 14.09.2026

1.2 Die Leistung ist zu vollenden (abnahmereif fertig zu stellen) am: 30.03.2029

Anmerkungen zur Bauzeit: Fertigstellung Baustrom bis vsl. 25.09.2026 bzw. gemäß Bauzeitenplan

1.3 Verbindliche Fristen (=Vertragsfristen) gemäß § 5 Abs.1 sind:

- vorstehende Frist für den Ausführungsbeginn: Ja
- vorstehende Frist für die Vollendung (abnahmereife Fertigstellung) der Leistung: Ja
- folgende Einzelfristen werden als Vertragsfrist vereinbart:

Leistung Datum

1.4 ändern sich während der Vertragsdurchführung die Vertragsfristen durch Vereinbarung oder gemäß § 6 Abs. 2 VOB/B, treten diese neuen Fristen an die Stelle der ursprünglich vereinbarten Fristen.

2. Vertragsstrafen (§ 11)

Der Auftragnehmer hat als Vertragsstrafe für jeden Werktag des Verzugs zu zahlen:

2.1 bei schuldhafter Überschreitung der als Vertragsfrist vereinbarten Einzelfristen:

0.2 Prozent der Abrechnungssumme (ohne Umsatzsteuer). Bezugsgröße der Vertragsstrafe ist der Teil dieser Abrechnungssumme, der den bis zu diesem Zeitpunkt vertraglich zu erbringenden Leistungen entspricht.

2.2 bei schuldhafter Überschreitung der Frist für die Vollendung der Leistung:

0.3 Prozent der Abrechnungssumme (ohne Umsatzsteuer).

2.3 Die Vertragsstrafe wird auf insgesamt 5 Prozent der Abrechnungssumme (ohne Umsatzsteuer) begrenzt. Bei der Überschreitung von als Vertragsfrist vereinbarten Einzelfristen ist die Vertragsstrafe auf den in Nr. 2.2 genannten Prozentsatz des Teils der Abrechnungssumme (ohne Umsatzsteuer) begrenzt, der den bis zu diesem Zeitpunkt vertraglich zu erbringenden Leistungen entspricht.

2.4 Verwirkte Vertragsstrafen für den Verzug wegen Nichteinhaltung als Vertragsfrist vereinbarter Einzelfristen werden auf eine durch den Verzug wegen Nichteinhaltung der Frist für die Vollendung verwirkte Vertragsstrafe angerechnet.

2.5 Die Vertragsstrafenvereinbarung gilt auch, wenn die Parteien neue Einzelfristen und/oder einen neuen Gesamtfertigstellungstermin vereinbaren. Sie bezieht sich dann auf die neu vereinbarten Termine. Dasselbe gilt entsprechend, wenn sich die Zwischentermine und/oder der Gesamtfertigstellungstermin gemäß § 6 Abs. 2 VOB/B verschieben.

2.6 Ein Schadensersatzanspruch wegen Nichterfüllung, nicht gehöriger Erfüllung oder Verzug wird auf eine verwirkte Vertragsstrafe angerechnet.

3. Zahlung (§ 16)

3.1 Aufgrund der besonderen Natur oder Merkmale der Vereinbarung wird die Frist für die Schlusszahlung gemäß § 16 Abs. 3 Nr. 1 S.2 auf Tage verlängert.

3.2 Die Frist für den Eintritt des Verzuges gemäß § 16 Abs.5 Nr. 3 S.3 wird auf Tage verlängert.

4. Sicherheitsleistung (§ 17)

Bei Aufträgen über 250.000 Euro netto ist Sicherheit für die Vertragserfüllung sowie für Mängelansprüche zu leisten und zwar in Höhe von: **5 Prozent** der Bruttoauftragssumme (ohne Nachträge)

5. Mängelansprüche

Für folgende Leistungen, für die die Verjährungsfrist nach § 13 Abs. 4 Nr.1 VOB/B nicht gelten soll, beträgt die Mängelanspruchsfrist für:

Leistung Mängelanspruchsfrist in Jahren

6. Weitere Besondere Vertragsbedingungen

Ergänzende Bedingungen zur Rechnungsstellung

Für den Rechnungseingang bei der Auftraggeberin stehen drei Wege zur Verfügung. Eine Zustellung über einen anderen Weg ist nicht zugelassen.

Für alle Rechnungsformate gilt:

Eine getrennte Übermittlung von Rechnung und Aufmaß oder sonstigen Anlagen auf unterschiedlichen Wegen kann nur in Einzelfällen erfolgen und muss mit der Auftraggeberin vor Rechnungslegung abgestimmt werden. Die Leitweg-ID und die Rechnungsnummer müssen bei allen Formen der Rechnungsübermittlung zwingend angegeben werden.

Zugangswege:

1. Per E-Mail (als X-Rechnung oder PDF) an folgende E-Mailadresse: stadt@rechnung.nuernberg.de.
Ein Versand an andere E-Mailadressen der Stadt Nürnberg ist nicht zugelassen.
2. Per Dateiupload (als X-Rechnung und PDF) auf einem der unter www.lieferanteninfo.nuernberg.de genannten Portale.
Eine Zustellung über andere Datenaustauschwege ist nicht zugelassen.
3. Als Papierrechnung per Post an folgende Postanschrift:

Stadt Nürnberg
Stadt Nürnberg Hochbauamt
H/E
Kai Jessing
Leitweg-ID: 09564000-09564000-640B210-87
Postfach 90 01 48
90492 Nürnberg

Alle vorstehenden Angaben werden durch die Auftraggeberin vorgegeben. Es darf darüber hinaus kein Straßenname in der Rechnungsadresse stehen. Eine Zustellung über andere Anschriften der Stadt Nürnberg oder persönliche Übergabe an eine Vertreterin oder einen Vertreter der Stadt Nürnberg ist nicht zugelassen. Rechnungen können auf Grund von Größenbeschränkungen bei Postfächern der Deutschen Post AG nur bis zum Format Maxibrief zugestellt werden. Größere Versandformate werden grundsätzlich nicht angenommen. Die Übergabe größerer Formate kann nur ausnahmsweise in Einzelfällen erfolgen und muss mit der Auftraggeberin vor Rechnungslegung abgestimmt sein.

elektronisch übermittelte Rechnungen

Bei elektronisch übermittelten Rechnungen werden die Formate pdf und E-Rechnungen, die konform zur Europäischen Norm 16931 sind, entweder bevorzugt als aktuelle XRechnung oder alternativ als ZUGFeRD ab Version 2 (jeweils in der aktuell gültigen Version) angenommen. Andere Formate sind nicht zugelassen. Rechnungen im Format pdf müssen folgende Aktionen zulassen: Dokument ohne Kennwort ansehen, Text und Grafik aus Dokument kopieren, Dokument drucken, Kommentare hinzufügen oder ändern.

Jede E-Mail an den zentralen Rechnungseingang der Stadt Nürnberg muss genau einen Dateianhang (PDF-Rechnung oder E-Rechnung) enthalten. Dateien dürfen eine Größe von 15 MB nicht überschreiten. E-Mails ohne Dateianhang oder mit mehreren Dateianhängen werden automatisch abgewiesen. Rechnungsbegleitende Dokumente (zum Beispiel Leistungsnachweise, Arbeitsberichte etc.) müssen in die Rechnungsdatei integriert werden. Wichtig ist dabei, dass das Rechnungsbild am Anfang steht. Für jede Rechnung muss eine eigene E-Mail versendet werden. Mehrere Rechnungen in einer Datei sind nicht zulässig. Wichtige Informationen und Angaben gehören nicht in den E-Mail-Text, sondern in den Dateianhang. Bei der elektronischen Rechnungsbearbeitung werden nur die Dateianhänge bearbeitet, der Begleittext in der E-Mail wird nicht zur Kenntnis genommen. Die E-Mail mit der Rechnung darf nicht von einer "No-Reply"-Adresse versendet werden, da sonst Antwortmails, zum Beispiel Fehlermeldungen, nicht beim Absender der Rechnung ankommen.

ERGÄNZENDE ERKLÄRUNGEN ZUR ANGEBOTSABGABE

Ich/Wir biete/n die Ausführung der beschriebenen Leistungen zu den von mir/uns eingesetzten Preisen an. Bei den angebotenen Preisen handelt es sich um Festpreise.

Die nachfolgend aufgeführten Erklärungen gelten mit Angebotsabgabe als erteilt.

1. Vertragliche Grundlage

- 1.1 Meinem / Unserem Angebot liegen die im Angebotsassistenten (Workflowpunkte Vertragsbedingungen/ Formulare und Produkte/Leistungen) hinterlegten und aufgeführten Vertragsbedingungen, die Leistungsbeschreibung, die VOB/B und die VOB/C in der am Tage der Angebotseröffnung gültigen Fassung zu Grunde.
- 1.2 Die Rangfolge richtet sich nach § 1 VOB/B.

2. Erklärung zum Einsatz von Nachunternehmern

- 2.1 Für den angegebenen Umfang der Weitervergabe gilt die erforderliche Zustimmung des Auftraggebers mit Vertragsabschluss als erteilt. Mir/Uns ist bekannt, dass nach Vertragsabschluss mit dieser Zustimmung zur Übertragung von Leistungen an Nachunternehmer nur in begründeten Ausnahmefällen zu rechnen ist.
- 2.2 Mir/Uns ist bewusst, dass eine Nichtbeachtung dieser Erklärung meinen/unseren Ausschluss von der Teilnahme am Wettbewerb haben kann.
- 2.3 Zum Umfang der Eigenausführung wird auf die Angabe zum Einsatz von Nachunternehmern verwiesen. Ich/wir werde(n) die Leistungen, die ich/wir nicht in der/den Nachunternehmerliste(n) angegeben habe(n), im eigenen Betrieb ausführen.

3. Einhaltung der tarifvertraglichen und sozialrechtlichen Bestimmungen

- 3.1 Mit Angebotsabgabe verpflichte(n) ich/wir mich/uns, im Fall der Auftragserteilung die in meinem/unserem Unternehmen beschäftigten tarifgebundenen Arbeitnehmer nicht unter den für mein/e Unternehmen geltenden Lohnтарifen zu entlohnen. Gleiches gilt für meine/unsere Verpflichtung aus Sozialkassentarifverträgen, die auf mein/unser Unternehmen anzuwenden sind.
- 3.2 Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, die Beiträge zu den Zweigen der sozialen Sicherheit zu zahlen, die nach dem auf die Beschäftigungsverhältnisse anzuwendenden Recht zu entrichten sind.
- 3.3 Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, dem öffentlichen Auftraggeber zur Durchführung von Stichprobenkontrollen Einblick in die Lohnabrechnung zu geben. Das Einverständnis meiner/unserer von mir/uns eingesetzten Arbeitnehmer zu der Vorlage der Lohnabrechnungen und Überprüfung der vorgelegten Lohnabrechnungen werde(n) ich/wir einholen.
- 3.4 Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, Löhne und Gehälter auch ausländischer Beschäftigten mindestens monatlich über Gehaltskonten zu überweisen und vollständige, prüffähige, deutschsprachige Unterlagen über die Beschäftigungsverhältnisse auf der Baustelle bereitzuhalten oder auf Wunsch des Auftraggebers im jeweiligen Büro des Auftraggebers vorzulegen.
- 3.5 Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, Nachunternehmer nur unter der Voraussetzung zu beauftragen, dass der Nachunternehmer eine gleichlautende Erklärung mir/uns gegenüber abgibt.
- 3.6 Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, für jeden nachgewiesenen schuldhaften Fall der entgegen den obigen Verpflichtungen erfolgten Entlohnung eines in meinem/unseren Unternehmen beschäftigten Arbeitnehmers oder der Nichtabführung von Sozialkassenbeiträgen an den Auftraggeber eine Vertragsstrafe in Höhe von 1 % der Auftragssumme, maximal 25.000

Euro, bei mehreren Verstößen insgesamt höchstens 10 % der Auftragssumme, maximal 250.000 Euro, zu zahlen.

- 3.7 Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, Nachunternehmer nur unter der Voraussetzung zu beauftragen, dass der Nachunternehmer sich mir/uns gegenüber mit Wirkung zugunsten des Auftraggebers verpflichtet, für jeden nachgewiesenen schuldhaften Fall der entgegen den obigen Verpflichtungen erfolgten Entlohnung eines in meinem/unseren Unternehmen beschäftigten Arbeitnehmers oder der Nichtabführung von Sozialkassenbeiträgen an den Auftraggeber eine Vertragsstrafe in Höhe von 1 % der Auftragssumme, maximal 25.000 Euro, bei mehreren Verstößen insgesamt höchstens 10 % der Auftragssumme, maximal 250.000 Euro, zu zahlen. Die Vertragsstrafe wird nicht mehr verlangt, wenn wegen des zu Grunde liegenden Verstoßes straf- oder ordnungsrechtliche Maßnahmen gegen mich/uns ergriffen worden sind.

4. Wissentlich unvollständige oder falsche Erklärung

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich unvollständige oder falsche Erklärung im Vergabeverfahren meinen/unseren Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge haben kann.

5. Änderungen im Vergabeverfahren

Die mir/uns zugegangenen Änderungen im Vergabeverfahren sind Gegenstand meines/unseres Angebotes. An mein/unser Angebot halte ich mich/halten wir uns bis zum Ablauf der Bindefrist gebunden.

Datenschutzhinweise im Zusammenhang mit der Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Konzessionen

Datensicherheit

Die Sicherheit Ihrer Daten ist uns wichtig, deshalb werden alle Informationen über eine verschlüsselte Verbindung übertragen.

Verantwortlich für die Datenerhebung

Stadt Nürnberg

Rechtsamt Abteilung 3-VMN

Bauhof 9

90402 Nürnberg

Telefon: 09 11 / 2 31 – 4831

Zur verschlüsselten Übertragung Ihrer Nachricht: [Kontaktformular](#)

Datenschutz

Bei Fragen zum Thema Datenschutz wenden Sie sich bitte an:

Stadt Nürnberg

Behördlicher Datenschutz

Rathausplatz 2

90403 Nürnberg

Telefon: 09 11 / 2 31 – 51 15

Zur verschlüsselten Übertragung Ihrer Nachricht: [Kontaktformular](#)

Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Die Datenverarbeitung erfolgt zu folgenden Zwecken:

- Durchführung von Vergabeverfahren, insb.:
 - Bereitstellen von Vergabeunterlagen
 - Beantwortung von Bieterfragen
 - Abfrage und Überprüfung des Vorliegens von Ausschlussgründen
 - Abfrage und Überprüfung der Eignung
 - Erfüllen vergaberechtlicher Transparenzverpflichtungen
- Pflege einer Bieterkartei
- Dokumenten- und Vertragsmanagement
- Vertragsabwicklung
- Führen sachdienlicher Kommunikation

Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung sind Art. 6 Abs. 1 Buchstaben b, c und e DSGVO sowie Art. 4 Absatz 1 BayDSG.

Weitergabe von Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden – soweit erforderlich – weitergegeben an:

- Bundesamt für Justiz zur Einholung von GZR-Auskünften gem. § 150a GewO
- Bundeszollverwaltung zur Einholung von Auskünften betreffend Eignung/Vorliegen von Ausschlussgründen
- Referenzgeber zur Überprüfung von Referenzen
- Sicherheits- und Ordnungsbehörden zur Überprüfung bewachungsrechtlicher Voraussetzungen
- Sachbearbeiter der Stadt Nürnberg zur sachdienlichen Kommunikation
- Teilnehmer an Vergabeverfahren zur Information über die Vergabeentscheidung

Übermittlung an Drittländer

Es erfolgt keine Übermittlung. Bei Übermittlung in Drittländer = Nicht-EU bitte mit der/dem Datenschutzbeauftragten Kontakt aufnehmen.

Speicherzeitraum

Ihre Daten werden bei der Stadt Nürnberg so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen für die genannten Zwecke erforderlich ist.

Bei europaweiten Ausschreibungen sind gem. § 8 Abs. 4 VgV für Liefer- und Dienstleistungen bzw. § 20 EU VOB/A i.V.m. § 8 Abs. 4 VgV für Bauleistungen die Vergabeunterlagen bis zum Ende der Laufzeit des Vertrags/ der Rahmenvereinbarung aufzubewahren, mindestens jedoch für drei Jahre ab dem Tag des Zuschlags.

Bei nationalen Ausschreibungen sind gem. § 6 UVgO für Liefer- und Dienstleistungen die Vergabeunterlagen mindestens für drei Jahre ab dem Tag des Zuschlags aufzubewahren.

Bei beschränkten Ausschreibungen ohne Teilnahmewettbewerb für Bauleistungen deren Auftragswert 25.000 € ohne USt. bzw. bei Freihändigen Vergaben der Auftragswert 15.000 € ohne USt. übersteigt, sind die in § 20 Abs. 3 VOB/A genannten Informationen sechs Monate vorzuhalten, § 20 Abs. 3 Satz 2 VOB/A.

Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen beim Verantwortlichen für die Datenerhebung folgende Rechte zu:

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO). Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO). Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO). Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO). Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die Stadt Nürnberg, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz.

Erforderlichkeit der Datenangabe

Nach den oben genannten Rechtsgrundlagen sind die Daten für die Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen erforderlich. Bei Nichtbereitstellung dieser Daten kann das Vergabeverfahren möglicherweise nicht erfolgreich durchgeführt und/oder der Vertrag nicht abgeschlossen und abgewickelt werden.

Datenschutzhinweise im Zusammenhang mit der Aufnahme in eine Bieterkartei

Datensicherheit

Die Sicherheit Ihrer Daten ist uns wichtig, deshalb werden alle Informationen über eine verschlüsselte Verbindung übertragen.

Verantwortlich für die Datenerhebung

Stadt Nürnberg
Rechtsamt Abteilung 3-VMN
Bauhof 9
90402 Nürnberg
Telefon: 09 11 / 2 31 – 4831

Zur verschlüsselten Übertragung Ihrer Nachricht: [Kontaktformular](#)

Datenschutz

Bei Fragen zum Thema Datenschutz wenden Sie sich bitte an:

Stadt Nürnberg
Behördlicher Datenschutz
Rathausplatz 2
90403 Nürnberg
Telefon: 09 11 / 2 31 – 51 15

Zur verschlüsselten Übertragung Ihrer Nachricht: [Kontaktformular](#)

Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Die Datenverarbeitung erfolgt zu folgenden Zwecken:

- Pflege einer Bieterkartei
- Abfrage und Überprüfung des Vorliegens von Ausschlussgründen
- Abfrage und Überprüfung der Eignung
- Berücksichtigung in Vergabeverfahren ohne Teilnahmewettbewerb
- Führen sachdienlicher Kommunikation

Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung ist Art. 6 Unterabsatz 1 Buchstabe b DSGVO.

Weitergabe von Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden – soweit erforderlich – weitergegeben an:

- Bundesamt für Justiz zur Einholung von GZR-Auskünften gem. § 150a GewO
- Bundeszollverwaltung zur Einholung von Auskünften betreffend Eignung/Vorliegen von Ausschlussgründen
- Referenzgeber zur Überprüfung von Referenzen
- Sicherheits- und Ordnungsbehörden zur Überprüfung bewachungsrechtlicher Voraussetzungen
- Sachbearbeiter der Stadt Nürnberg zur sachdienlichen Kommunikation

Übermittlung an Drittländer

Es erfolgt keine Übermittlung. Bei Übermittlung in Drittländer = Nicht-EU bitte mit DSB Kontakt aufnehmen.

Speicherzeitraum

Ihre Daten werden bei der Stadt Nürnberg so lange gespeichert, bis Sie uns von dem Wunsch, aus der Bieterkartei entfernt zu werden, in Kenntnis setzen. Personenbezogene Daten in Unterlagen aus Anlass der Aufnahme in die Bieterkartei (z.B. im Rahmen der Eignungsprüfung) werden so

lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen erforderlich ist.

Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen beim Verantwortlichen für die Datenerhebung folgende Rechte zu:

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO). Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO). Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO). Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO). Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die Stadt Nürnberg, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz.

Erforderlichkeit der Datenangabe

Die Bereitstellung der personenbezogenen Daten ist für einen zukünftigen Vertragsschluss erforderlich. Bei Nichtbereitstellung dieser Daten können Sie bei Vergabeverfahren ohne Teilnahmewettbewerb nicht berücksichtigt werden.

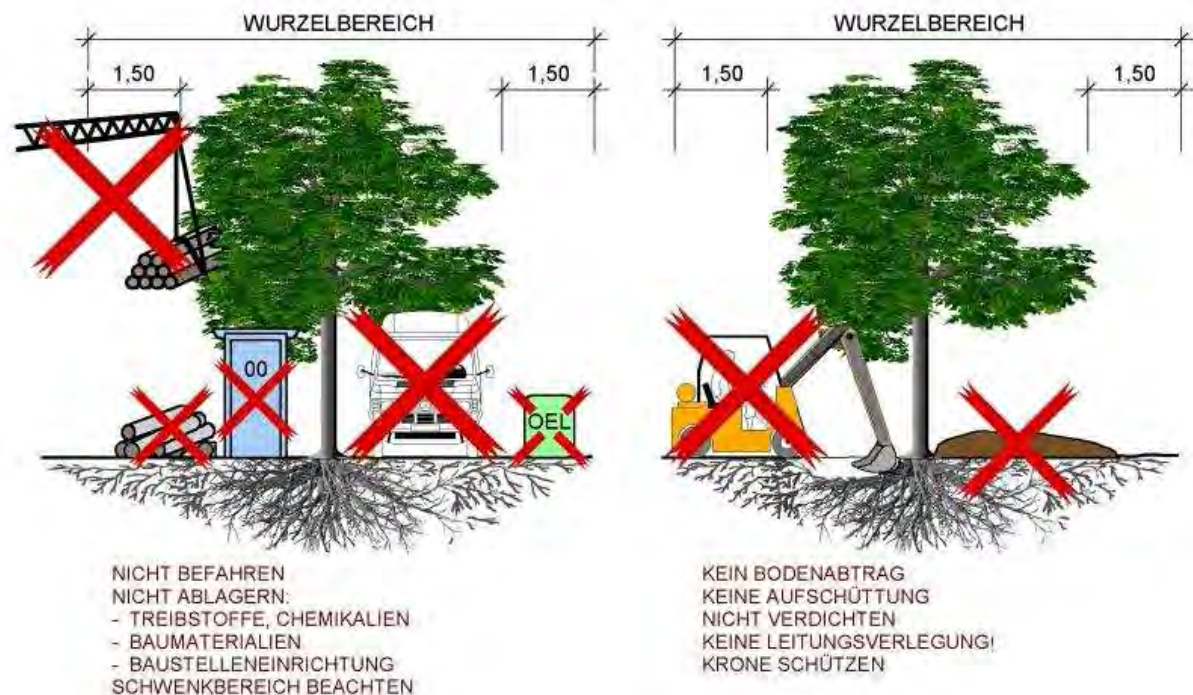
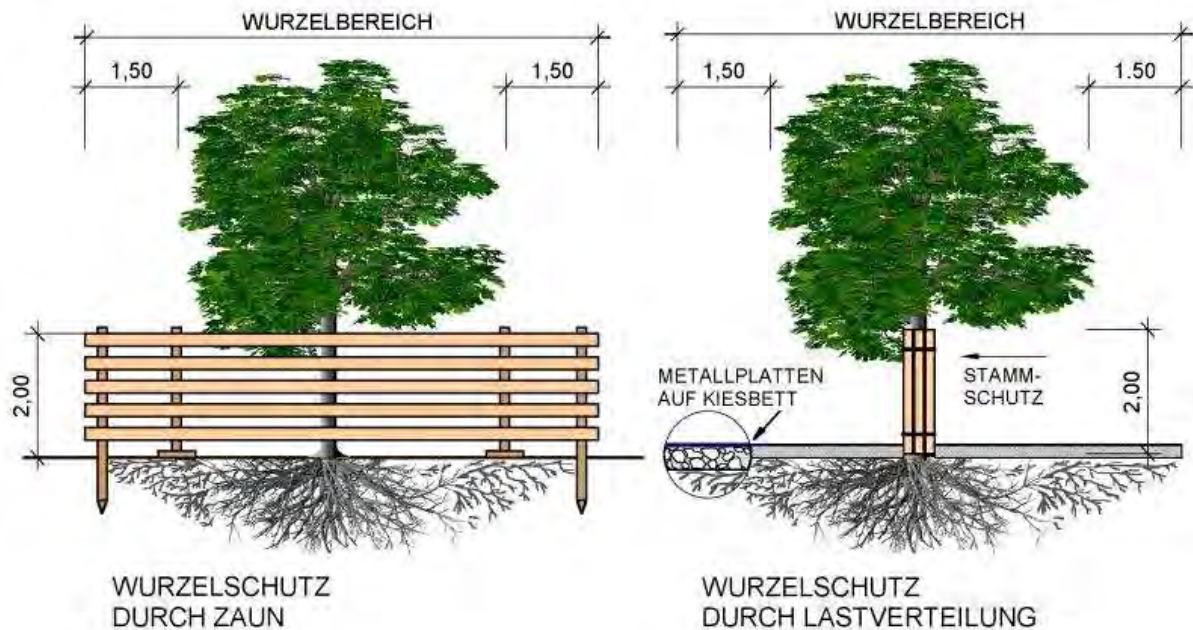
Widerrufsrecht bei Einwilligung

Sie können Ihre Einwilligung jederzeit für die Zukunft bei der verantwortlichen Dienststelle widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung bis zum Widerruf wird davon nicht beeinträchtigt.

Baumschutz auf Baustellen

AUTOR: ARBEITSKREIS STADTBÄUME, GARTENAMTSLEITERKONFERENZ IM DEUTSCHEN STÄDTETAG

NOVEMBER 2001



NICHT BEFAHREN
NICHT ABLAGERN:
- TREIBSTOFFE, CHEMIKALIEN
- BAUMATERIALIEN
- BAUSTELLENEINRICHTUNG
SCHWENKBEREICH BEACHTEN

WICHTIG:
DIN 18920
RAS -LP4
BAUMSCHUTZSATZUNG

KEIN BODENABTRAG
KEINE AUFSCHÜTTUNG
NICHT VERDICHTEN
KEINE LEITUNGSVERLEGUNG!
KRONE SCHÜTZEN

Entsprechend der Verordnung (EU) 2022/576 dürfen öffentlichen Aufträge und Konzessionen nach dem 9. April 2022 nicht an Personen oder Unternehmen vergeben werden, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen. Dies umfasst sowohl unmittelbar als Bewerber, Bieter oder Auftragnehmer auftretende Personen oder Unternehmen als auch mittelbar, mit mehr als zehn Prozent, gemessen am Auftragswert, beteiligte Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher.

Ein Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift besteht

- a) durch die **russische Staatsangehörigkeit** des Bewerbers/Bieters oder die **Niederlassung** des Bewerbers/Bieters in Russland,
- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das **Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 Prozent**,
- c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder **auf Anweisung von Personen oder Unternehmen**, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutreffen.

Bereits vor dem 9. April 2022 geschlossene Verträge mit solchen Personen oder Unternehmen mit Bezug zu Russland dürfen nur bis zum 10. Oktober 2022 fortgeführt werden.

Baumaßnahme

Leistung

Reutersbrunnenstr. 34, Neubau KJND und KJHZ, Baustrom und Baubeleuchtung

Ich/Wir erkläre(n), dass für mein/unser Unternehmen **keiner** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Fälle zutrifft.

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir zur Ausführung des Auftrags für Teile der Leistung

☐ **nicht** die Kapazitäten der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen in Anspruch nehmen werde(n) / genommen habe(n) (Eignungsleihe).

☐ folgende Kapazitäten der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen in Anspruch nehmen werde(n) / genommen habe(n) (Eignungsleihe).

☐ Die Leistungen **keines** Eignungsverleihers überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.

☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.

☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

- ☐ **keine** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Nachunternehmer beauftrage(n) / beauftragt habe(n).
- ☐ folgende der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Nachunternehmer beauftragen werde(n) / beauftragt habe(n).

- ☐ Die Leistungen **keines** Nachunternehmers überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.
- ☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.
- ☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

- ☐ **keine** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Lieferanten beauftrage(n) / beauftragt habe(n).
- ☐ folgende der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Lieferanten beauftragen werde(n) / beauftragt habe(n).

- ☐ Die Leistungen **keines** Lieferanten überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.
- ☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.
- ☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

Datum/Unterschrift (bei elektronischer Übermittlung: Name der erklärenden Person)

LEISTUNGSVERZEICHNIS

29.05.2026

Ausschreibung

Verfahren: 2026001596 - Reutersbrunnenstr. 34, Neubau KJND und KJHZ, Baustrom und Baubeleuchtung

SKONTO

Skonto zugelassen	Ja
Zahlungsziel (falls zugelassen)	14 Tag(e)
Skonto	_____ %

AUFLISTUNG ALLER POSITIONEN

ALLE PREISE SIND OHNE UMSATZSTEUER ANZUGEBEN

1 Beschreibung der Baumaßnahme

1 BESCHREIBUNG DER BAUMASSNAHME

1.1 Grundstück

Reuterbrunnenstraße 34
90429 Nürnberg
Gemarkung Kleinweidenmühle
Flurstücke 69, 69/1, 69/2, 69/3, 69/4, 69/5, 69/6, 69/7, 70/3

Das Gebiet liegt im Westen von Nürnberg, mittig der Ringstraße und dem Innenstadtring gelegen. Flankiert wird das Grundstück von dem Fluss Pegnitz im Norden, dem Haus für Kinder bzw. Gebäude "ET" (Elterntraining) im Nordosten, der Willstr. im Südosten, der Reutersbrunnenstraße im Südwesten sowie dem Klettergarten "Wolfsgarten" im Nordwesten. Die amtliche Grundstücksfläche beträgt 24.287 m².

Das Baufeld Hochbau hat einen hohen Höhenunterschied und liegt am tiefsten Punkt bei 300.01m ü.NN. sowie an der höchsten Stelle bei 304,75m ü.NN.

Die Feuerwehrezufahrt von der Reutersbrunnenstraße aus teilt das Grundstück momentan in zwei Teile und dient auch als Feuerwehrezufahrt für das Haus für Kinder (Reutersbrunnen-straße 40).

Hier sind derzeit oberirdisch die Parkplätze für Mitarbeiter und Besucher eingerichtet.

Entlang der Pegnitz und dem Pegnitztal gruppieren sich viele Bäume und das Grundstück selbst weist einen hohen Baumbestand auf, den es zu bewahren gilt. Weiterhin befindet sich ein Naturschutzgebiet an der Nordseite zur Pegnitz und ein Stadtbio-top auf dem Grundstück.

Das Bauvorhaben ist in zwei Bauabschnitte unterteilt.

Der Bauablauf sieht vor, die beiden Bauabschnitte nacheinander durchzuführen. Anfang 2026 soll mit den Rodungen und Abbruch der Garagen begonnen werden. Im Anschluss wird im Frühjahr die Neuverlegung der Hausanschlüsse der Gebäude Reutersbrunnen 40, Willstraße 31 und 31a entlang der Willstraße stattfinden. Baubeginn für den Bauabschnitt 1 ist für Herbst 2026 vorgesehen. Im 1. Bauabschnitt wird mit dem Neubau West und der Neubau Ost begonnen. Fertigstellung beider Gebäude ist zeitgleich. Anschließend wird

im 2. Bauabschnitt der Ostflügel des Bestandsgebäudes abgebrochen und der Bestand saniert. Genaue Ausführungstermine sind den Vertragsfristen zu entnehmen.

1.2 Grundstücksfreimachung

Während der Erstellung des 1. Bauabschnittes bleibt der Betrieb des Bestandsgebäudes bestehen. Es wird zur Abtrennung der Baustelle ein massiver Bauzaun mit Holzverkleidung vorgesehen um die Sicherheit zu gewährleisten. Diese strikte Trennung zwischen Baustellenbereich und Gartenbereich der Kinder ist über die gesamte Bauzeit einzuhalten.

Auf dem Gelände befinden sich Stadtbiotop, welche schutzwürdige städtische Landschaftsbereiche darstellen. Im Rahmen der Biotopkartierung wurden vor allem artenreiche Lebensräume erfasst, um diese zu erhalten. Zudem wurden in einer bereits erfolgten Relevanzprüfung potenzielle und auch nachgewiesene Vorkommen von Tierarten gelistet (siehe Relevanzprüfung BV Reutersbrunnenstraße, 10.05.2022). Eine saP (spezielle artenschutzrechtliche Prüfung) wurde bereits erstellt. Mit Ausnahmen von Fledermausbeständen in der nahen Pegnitzau, wurden keine Vorkommen von besonders schützenswerten Arten nachgewiesen. Die von dem Eingriff betroffenen Nisthabitate der Haussperlinge sind als Ersatz wieder zu erstellen. Die Auflagen aus der überarbeiteten saP vom 30.04.2024 sind im Zuge der Projektumsetzung zu berücksichtigen und die Tätigkeiten mit der ökologischen Baubegleitung abzustimmen.

Grundsätzlich soll die intensive Durchgrünung des Gebiets erhalten bleiben. Der qualitätsvolle Freiraum hat einen nachhaltigen Einfluss auf das Bewusstsein und die Identifikation der Bewohner und Bewohnerinnen mit ihrem Ort. Um den Lebensraum von Tieren und auch die Qualität des Außenraums zu gewährleisten, wird angestrebt, so viele Bäume wie möglich auf dem Gelände zu erhalten. Der Großteil der Bäume ist laut Baumbestandplan von 2015/2016 als erhaltenswürdig deklariert. Eine erneute Begehung mit dem Baumschutzgutachter (SÖR/1-A/2) zur Beurteilung des Bestandes wurde durchgeführt und die Erkenntnisse in einer Niederschrift vom 07.02.2024 dokumentiert.

Darüber hinaus wurden alle Bestandsbäume erneut vermessen, um diese in der Planung zu berücksichtigen.

Alle notwendigen Baumschutzmaßnahmen werden in enger Abstimmung zwischen SÖR und Freiraumplanung durchgeführt.

Im Zuge der Baumaßnahmen ist besonderer Wert auf die Einhaltung der Anforderungen und Tabuzonen (Kronenbereiche etc.) zu legen.

1.3 Gebäudebeschreibung

Neubau West

Das Wohngebäude des KJND besteht aus vier Volumen, die versetzt zueinander stehen und sich nach Norden zur Pegnitz hin abtreppen. Das Gefüge der Baukörper reagiert dabei auf den vorhandenen Baumbestand, um einen größtmöglichen Erhalt der Bäume sicherzustellen. Im Inneren entstehen, durch die Unterteilung in Einzelbaukörper, räumlich differenzierte Wohnbereiche, deren Zentrum die gemeinschaftl. Bereiche der Wohngruppen darstellen. Diese offenen und fließenden Bereiche profitieren von der gestaffelten Anordnung der Baukörper, die Ausblicke und Bezüge in die verschiedenen Himmelsrichtungen ermöglichen. Zu den Randbereichen hin werden die Raumstrukturen intimer.

Die Schlafbereiche der Kinder sind hier bewusst vom Verkehr abgewandt und zu den Grünräumen im Freibereich orientiert. Die einzelnen Baukörper werden durch die Tiefgarage als gemeinsamen Sockel verbunden. Um eine wirtschaftliche Lösung mit minimalem Erdaushub zu ermöglichen, wird das Tragsystem und die Gebäudegeometrie auf die Tiefgarage abgestimmt.

Neubau Ost

Analog zum Neubau West, besteht auch das Wohngebäude des KJHZ aus drei zueinander versetzt stehenden Volumen, die sich um einen Innenhof gruppieren. Durch die Anordnung der offen gestalteten, gemeinschaftlichen Wohnbereiche im Zentrum, entsteht eine Übersichtlichkeit mit Blickbezügen über den Innenhof und Ausblicken in die verschiedenen Grünflächen. Auch hier befinden sich die Schlafräume als individuelle Rückzugsorte der Kinder in den, der Straße abgewandten, Randbereichen des Gebäudes.

Bestandsgebäude

Der westliche Kopfbau aus 1900 und der daran andockende Riegel aus den 50ern bleiben erhalten. Auch der Erschließungstrakt zum ehemaligen Ostflügel, inklusive den Kunstwerken von Michael Mathias Prectl, bleibt bestehen und wird im zweiten Bauabschnitt generalsaniert. Der Ostflügel selbst, welcher den Ansprüchen moderner Pädagogik nicht mehr genügen kann und städtebaulich das Ensemble schwächt, wird nach Fertigstellung und Inbetriebnahme des Neubaus Ost zurückgebaut. Die Wohngruppen des KJND ziehen nach Fertigstellung der Neubauten in das Gebäude West, die Wohngruppen des KJHZ in das Gebäude Ost.

Da sowohl die Verwaltungen des KJND als auch des KJHZ eigenständig funktionieren, werden diese Bereiche im Erdgeschoss des Bestandsgebäudes untergebracht. Darüber befinden sich alle Fachbereiche und Beratungseinrichtungen, welche auf kurzem Weg untereinander verbunden sind und somit eine optimierte räumliche Zuordnung ermöglichen. Die stringente Struktur des Bestandsbaus lässt diese Umnutzung in Büro- und Besprechungsräume zu. Die lange und dunkle Flurzone soll durch offen gestaltete Wartebereiche aufgebrochen werden.

Die Wohnbereiche der Noris Inklusion befinden sich im zweiten und dritten Obergeschoss und werden über ein separates, einzig den Wohngruppen zugeordnetes, Treppenhaus erschlossen.

Einrichtungen mit Komm- und Gehstrukturen sowie Publikumsverkehr sind somit von den privaten Wohnbereichen des KJNDs, KJHZs und der Noris-Inklusion getrennt. Die Fuge zwischen den beiden Bauabschnitten des Bestandsgebäudes bildet den Haupteingang. Der Kopfbau, mit seiner Identität stiftenden Wirkung, beherbergt die überwiegend gemeinsam genutzten Bereiche des KJHZs und KJNDs, wie Festsaal, Sporthalle und Seminarraum. Auf Gartenebene sind zudem die Räumlichkeiten der KoKi, FBB und HVE untergebracht.

Konstruktion

Im Hinblick auf eine optimierte CO₂-Bilanz der Neubauten und den historischen Grundgedanken, Materialien entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit einzusetzen, wird vorgesehen, die Haupttragachse entlang der Flurlängsachsen in einer Stahlbetonfertigteiltischwerkstruktur herzustellen. Das Fachwerk zwischen den Betonstützen wird mit Lehmziegeln gefüllt, welche bauphysikalisch wichtige Masse in das Gebäude bringen, um Temperaturschwankungen zu minimieren und den Feuchtehaushalt im Gebäude zu regulieren. Die geplanten Außenwände werden als tragende Massivwände in Stahlbeton mit sehr guten Dämmeigenschaften aufgrund der außenliegenden Dämmung errichtet. Der Einsatz von Beton wird hier auch in großen Bereichen durch die Auflösung in Stützen mit KS-Stein-Ausfachung auf ein Minimum reduziert. Die Geschossdecken werden als holzsichtige Holzverbunddecken geplant. Die Bodenplatte der TG wird ebenfalls, aufgrund des vorhandenen Schichtenwassers (Bemessungswasserstand = OK Gelände), in Beton hergestellt. Die Gründung der beiden Neubauten kann nach Rücksprache mit dem Bodengutachter über eine elastisch gebettete Bodenplatte erfolgen. Um auf den schlechten Baugrund zu reagieren ist hierzu ein Bodenaustausch zur Herstellung von gleichmäßigen Lastenleitungen nötig. Die vorhandene Tragstruktur im Bestandsgebäude soll weitestgehend erhalten bleiben und die Raumstruktur nur durch minimale Eingriffe an die neuen Anforderungen angepasst werden.

Fassadengestaltung

Wo es die Fassadengestaltung zulässt, wird eine Fassadenbegrünung vorgesehen.

Für die Fassade wird eine vorgeängte hinterlüftete Holzfassade vorgesehen. Die Fensteröffnungen werden als zusammenhängende Bandfassade mit Füllelementen aus Blech ausgebildet. Die Fassadengestaltung fand Zustimmung im Gestaltungsbeirat der Stadt Nürnberg. Der Sonnenschutz wird über händisch verschiebbliche Elemente gelöst. Die Lamellen der Schiebeelemente sind drehbar vorgesehen, so dass diese individuell eingestellt werden können.

1.4 Maßangaben

Baugrundstücksgröße: 24.287 m²

Bruttogrundflächen

Neubau West: 3.776,20 m²

Neubau Ost: 2.809,66 m²

Bestand: 5.873,84 m²

Bruttorauminhalt

Neubau West: 13.127,56 m³

Neubau Ost: 9.609,51 m³

Bestand: 19.428,66 m³

OKFF Erdgeschoss

Neubau West: 304,50m üNN

Neubau Ost: 301,15m üNN

Bestand: 305,07m üNN

Bauwerkshöhe
Neubau West: 11,25 m
Neubau Ost: 14,50 m
Bestand: 12,62 m Hauptbau/
19,25 m Saalbau

1.5 Öffentlich rechtliche Anforderungen

Bauordnungsrecht / Bauplanungsrecht

Die im Plangebiet westlich gelegenen Flurstücke (Flurstück- nummer: 70/3, 69/7) liegen planungsrechtlich im Außenbereich. In Abstimmung mit dem Stadtplanungsamt wurde festgelegt, dass für die neue Bebauung in diesem Bereich ein Genehmigungsverfahren nach § 34 BauGB und § 35 Abs. 2 BauGB angestrebt wird und die Aufstellung eines Bebauungsplanes daher nicht notwendig ist.

Alle restlichen Grundstücke befinden sich im Innenbereich und werden ebenfalls nach §34 beurteilt.

Teilweise liegen auf den Flurstücken Grunddienstbarkeiten und Erbbaurechte. Im Zuge der Maßnahme wird stadintern diese historisch begründete Aufteilung durch eine Neuordnung der Flurstücke, sowie eine Auflösung der entsprechenden Dienstbarkeiten, neu festgelegt. Die neuen Flurnummern werden sich auf die jeweiligen Neubauten beziehen und ermöglichen diesen somit eine Zuweisung. In diesem Zuge werden auch Versprünge der Grundstücksgrenze zwischen Gehwegskanten und Baugrundstück durch entsprechenden Grundstückstausch begründet.

Barrierefreiheit

Alle Einrichtungen erhalten eigene, barrierefreie und sichere Eingänge und werden von der Reutersbrunnen- bzw. Willstraße aus erschlossen.

Die innere Erschließung der Wohngruppen erfolgt jeweils über ein barrierefreies Haupttreppenhaus mit integriertem Aufzug.

Baulicher Brandschutz

Gemäß BayBo Art. 2 (3) wird der Neubau West in die Gebäudeklasse 3, Sonderbau, der Neubau Ost in die Gebäudeklasse 5, Sonderbau und der Bestand in die Gebäudeklasse 5, Sonderbau (Aufgrund der Nutzung) eingeordnet.

1.6 Öffentliche Erschließung

Verkehr

Grundsätzlich soll laut Verkehrsplanungsamt der Eingriff in den öffentlichen Straßenraum minimiert werden. Zudem ist eine Zufahrt über die Willstraße aufgrund der Verkehrssituation und der dort verorteten Bushaltestelle auszuschließen. Die Zufahrt in die TG, welche sich unter dem Neubau West befindet, wird daher an der Reutersbrunnenstraße vorgesehen. Die vorhandene Feuerwehrezufahrt, welche zur Hausnummer 40, dem Haus der Kinder, führt, bleibt weiterhin bestehen. Während der Bauabwicklung ist darauf zu achten, dass die Zufahrt sowohl für die Feuerwehr als auch den Hol- und Bringverkehr der KiTa möglich bleibt.

Die im öffentlichen Straßenraum aufgestellten Werbetafeln werden im Zuge der Baumaßnahme rückgebaut, da diese die geplanten Zufahrtbereiche zu den Gebäuden blockieren.

Das KJND und KJHZ ist sehr gut an den ÖPNV angebunden. Südlich des Grundstücks befindet sich in fußläufiger Entfernung die U-Bahnhaltestelle Gostenhof. Im Osten an der Willstraße findet man eine Bushaltestelle der Linie 34. Die neuen Parkplätze werden in der Tiefgarage des Neubaus West angeordnet. Zufahrt erfolgt über die Reutersbrunnenstraße.

Ruhender Verkehr

Laut Raumprogramm sind 31 PKW-Stellplätze gewünscht, nach Vorgabe der Stellplatzsatzung der Stadt Nürnberg sind für die baulichen Anlagen nur 21 Stellplätze nachzuweisen, da die notwendige Anzahl aufgrund der Lage in Zone 1 um 80% reduziert werden kann. Aus diesem Grund wird festgelegt, dass die TG auf das absolut notwendige Maß verkleinert wird. Es werden 20 Stpl. in der TG und 1 behindertengerechter/ Besucher Stpl. im Vorbereich des NW oberirdisch vorgesehen. Somit werden in der Planung nur noch die baurechtlich notwendigen Stellplätze nachgewiesen. Die fußläufige Erschließung der Tiefgarage ist direkt über den Zentralbereich möglich, was den Mitarbeitenden einen geschützten Zugang zu den jeweiligen Gebäuden ermöglicht.

Die über die Stellplatzsatzung der Stadt Nürnberg ermittelten Fahrrad-Stellplätze sind im Keller des Bestandsgebäudes verortet. Zusätzlich werden jedem der vier Haupteingänge Flächen für je 3 Fahrradbügel, also 6 Stellplätze, zugeordnet. Der Stellplatz am

Hauptzugang Bestandsgebäude wird so dimensioniert, dass er auch von Rädern mit Hängern oder Lastenrädern beparkt werden kann. Da die BewohnerInnen des KJNDs auch von außen geschützt werden müssen, werden an den Zugang erweiterte Anforderungen gestellt. Aus diesem Grund wird zum einen eine Videoüberwachung für den Vorbereich vorgesehen, zum anderen wird in der Nähe des Eingangs ein Bereich für den Sicherheitsdienst geschaffen, der rund um die Uhr vor Ort sein wird. An die Zugänge des KJHZ und des Bestandsgebäudes bestehen keine besonderen Anforderungen. Alle Vorbereiche werden freundlich, einladend und mit Möglichkeiten zum Verweilen vorgesehen.

Medienanschlüsse

a) Fernwärme

Die Fernwärmeversorgung der Reutersbrunnenstraße 34 ist Bestand und bleibt erhalten. Die bestehende Fernwärmestation hat eine Leistung von 560 kW. Die neue Gesamtleistung aller 3 Gebäude beträgt 400 kW. Die Fernwärmestation wird an die neue Leistung angepasst.

b) Wasser

Hinsichtlich der Wasserversorgung wird das komplette Areal überplant und neu strukturiert. Derzeit wird die Reutersbrunnenstraße 40 und die Willstraße 31 über die Reutersbrunnenstraße 34 versorgt.

Die Willstraße 31a wird wiederum von der Reutersbrunnenstraße 40 versorgt.

Folgende Maßnahmen sind geplant

- Neubau West -> Anschluss neu aus Reutersbrunnenstraße
- Bestand -> Anschluss aus Reutersbrunnenstraße (Dimension des bestehenden Anschlusses muss geändert werden)
- Neubau Ost -> Anschluss neu aus Willstraße
- Willstraße 31 -> Anschluss neu aus Willstraße
- Willstraße 31a -> Anschluss neu aus Willstraße (versorgt die Reutersbrunnenstraße 40)

c) Schmutzwasser

Das Abwasser aller 3 Gebäude wird an den bestehenden Mischwasserkanal neben der Pegnitz angeschlossen. Der Anschluss an den Mischwasserkanal ist bereits vorhanden und wurde durch einen Suchschlitz lokalisiert. Die Anschlussdimension beträgt DN 300. Gem. Begehungsprotokoll SUN befindet sich der Anschluss auf 9 Uhr. Die Rohrsohle des Anschlusses befindet sich auf einer Tiefe von ca. 3,5 m.

d) Regenwasser

Das anfallende Niederschlagswasser auf dem Gelände wird über eine zentrale Rigole unter dem Sportplatz dem Grundwasser über Versickerung zugeführt.

Durch die Baumaßnahme darf das Grundwasser nicht nachteilig verändert werden. Aus diesem Grund wurde zur Überwachung/ Kontrolle eine Grundwassermessstelle eingerichtet.

Sämtliche Leitungen werden frostfrei verlegt. Um die Zugänglichkeit zu gewährleisten, werden Revisions- und Spülschächte ausgeführt. Die Rohrleitungen werden mit Gefälle verlegt. Die Verlegung erfolgt in einem Sandbett. Oberhalb der Regenwasserleitungen wird ein Trassenwarnband verlegt.

Die Bewertung der Regenwassereinleitung erfolgt nach dem DWA-Arbeitsblatt A 102. Gemäß der Bewertung darf das Regenwasser ohne Vorbehandlungsmaßnahme in die Pegnitz eingeleitet werden. Die Leitungsführung wird parallel zum Abwasser ausgeführt.

e) Strom

Die Gebäude werden niederspannungs- und schwachstromseitig (NS/TK/BMA) neu erschlossen. Im Zuge der Vorabmaßnahmen muss die vorhandene Erschließungssituation angepasst werden. Diese Leistungen werden im gesonderten Maßnahmenplan erfasst.

Derzeit wird das Gebäude "Willstraße 31" auf dem Gelände vom Verteiler aus dem Haus 34 versorgt. Im Zuge der Umstrukturierung wird die Erschließungssituation bereinigt und an das zukünftige Nutzungskonzept angepasst.

2 ALLGEMEINE ANGABEN ZUR BAUSTELLE

2.1 Baustelleneinrichtung

a) Allgemeine Angaben zur Baustelleneinrichtung

Vom AN sind alle Baustelleneinrichtungen für die eigenen Leistungen zu erbringen.

Vom AG werden folgende Einrichtungen vorgehalten:

- Bauzaun und Baumschutzzaun mit Holzverkleidung und Bautoren als Umgrenzung der Baustelle, Schließung der Bautore erfolgt mittels Kette und Zahlenschloss.
- Baustromanschluss, Baustromversorgung und Bauwasseranschluss.

Vom AN sind vor Beginn der eigenen Arbeiten auf Grundlage des beiliegenden Baustelleneinrichtungsplans die Flächen für die Unterbringung von Personal- und/ oder Materialcontainern bzw. Lagerflächen mit der örtlichen Bauüberwachung gemeinsam festzulegen. Es steht nur sehr begrenzter Platz zur Verfügung.

Die anfallenden Kosten für Bauwasser und Baustrom werden durch den AG übernommen.

b) Baustromversorgung

Die Heranführung an die Verbrauchsstellen ist Sache des AN und mit den Einheitspreisen abgegolten.

Die Verwendung der Baustromversorgung zu Heizzwecken außerhalb von Aufenthaltscontainern ist nicht zugelassen.

c) Bauwasserversorgung

Die Heranführung an die Verbrauchsstellen ist Sache des AN und mit den Einheitspreisen abgegolten.

d) Abwasser

Die Kosten für die Entsorgung von belastetem Abwasser sind in die Einheitspreise einzurechnen.

e) Einmessarbeiten

Das Abstecken der zwei Hauptachsen (Nord-Süd, Ost-West-Verlauf) und Festlegen der Höhenpunkte je Gebäude wird gem. VOB vom AG veranlasst.

Auslotung und Abschnürung des Gebäudes, das Anbringen von Messfixpunkten, das Anlegen von Hilfs- und Konstruktionsachsen und Fluchten für das Aufmaß und die Montage sowie sonstige Einmessarbeiten oder Kontrollmessungen, die zur Leistungserfüllung des AN erforderlich sind und die über die vom AG zur Verfügung zu stellenden Absteckungen und Höhenfestpunkte hinausgehen, sind gem. VOB Sache des AN.

Die Kosten hierfür sind in die Einheitspreise des Angebotes einzurechnen, sofern hierfür keine gesonderten Positionen vorgesehen sind. Unstimmigkeiten, die der AN beim Aufmaß oder bei der Montage feststellt, hat er dem AG/ der örtlichen Bauüberwachung unverzüglich schriftlich anzuzeigen.

Markierungen auf den sichtbar bleibenden Betonoberflächen oder anderen fertigen Oberflächen sind untersagt. Die Aufwendungen für das Entfernen von Zuwiderhandlungen gehen zu Lasten des Verursachers.

f) Genehmigungen

Behördengenehmigungen, z.B. zur Sondernutzung öffentlichen Straßenraumes für Straßensperrungen müssen durch den AN durchgeführt werden. Die Gebühren trägt der AG.

Weitere notwendige Genehmigungen welche durch den AN ausgeführt werden sollen, (Prüfstatik, Zustimmungen im Einzelfall, etc.) werden über sep. Positionen im LV abgefragt.

g) Rückbau Baustelleneinrichtung

Der AG ist rechtzeitig über den beabsichtigten Abbau der Baustelleneinrichtung oder wesentlicher Teile davon zu unterrichten. Nicht mehr benötigte Teile der Baustelleneinrichtung sind nach Abstimmung mit der örtlichen Bauüberwachung unverzüglich zu entfernen. Vom AG zur Verfügung gestellte Lagerplätze, Arbeitsplätze und Zufahrtswege sind dem früheren Zustand entsprechend wiederherzustellen, soweit die Zustandsveränderung vom AN zu vertreten ist.

2.2 Umlagen / Nutzungskonditionen

Baustrom und Bauwasser werden gestellt.

2.3 Erschließung / Verkehrssicherung / Lieferverkehr

Durch die unmittelbar in der Nähe liegenden Schulen wird die Reutersbrunnenstraße und Willstraße als Schulweg genutzt. Desweiteren wird während der Bauausführung die Nutzung des Bestandsgebäudes weiterhin aufrecht erhalten. Hieraus resultierend ist mit erhöhter Aufmerksamkeit bei der Baustellenein- und -ausfahrt zu agieren. Liefer- und Abtransport sind so zu terminieren, dass diese nicht mit dem fließenden Stadtverkehr und den Schulanfangs- und -endzeiten kollidieren. Wartende LKW sind im Umfeld der Baustelle nicht zulässig. An der Ausfahrt ist bei An- und Abtransport stets ein Sicherheitsposten (Einweiser) zu platzieren, der die gefahrlose Ein- und Ausfahrt von LKW zur Baustelle regelt. Dies ist eine einzukalkulierende Nebenleistung. Lieferungen sind der örtlichen Bauüberwachung frühzeitig mitzuteilen und rechtzeitig eine Anmeldung vorzunehmen. Der AN hat alle Anlieferungen so zu steuern, dass diese erst dann auf die Baustelle geliefert werden, wenn Personal des AN zum Empfang sowie zur sicheren Lagerung und Aufbewahrung bereitsteht. Nicht angekündigte Lieferungen können zurückgewiesen werden. Die örtliche Bauüberwachung nimmt keine Lieferung an. Lieferverkehr ist werktags zwischen 08:30 und 20:00 Uhr zulässig, außerhalb dieser Zeiten nach Absprache mit der örtlichen Bauüberwachung und den zuständigen Behörden.

Verkehrsbeschränkungen

Die Schutzbedürftigkeit der benachbarten Bestandsgebäude ist durch den Baubetrieb in besonderer Weise zu berücksichtigen. In den Zu- und Abfahrten auf der Baustelle ist auf den Fußgängerverkehr besonders zu achten. Auch auf Anwohner ist entsprechend Rücksicht zu nehmen.

Der direkte Ein- und Ausfahrtsbereich der Baustelle ist aufgrund von Baumbestand und Bestandsgebäude sehr beengt. Darüber hinaus ist die Baustelle nur über einen Böschungsbereich (aktuelle Feuerwehrzufahrt) zu erreichen. Feuerwerzufahrt und Baustellenzufahrt sind identisch. Somit ist über die gesamte Bauzeit ein besonderes Augenmerk darauf zu richten, dass die Zufahrt immer freizuhalten ist. Siehe hierzu auch den beiliegenden Baustelleneinrichtungsplan. Diese beengte Zufahrtsituation stellt eine der wenigen Zufahrtsmöglichkeiten auf das Grundstück dar. Von der Willstrasse ist keine Zufahrt auf das Gelände möglich.

2.4 Vorhandene Kabel, Leitungen, Anlagen

Vor Beginn der Arbeiten hat sich der AN über den Verlauf von Anlagen, Kabeln und Leitungen (sowohl unter- als auch oberirdisch) zu informieren. Notwendige Umlagen sind rechtzeitig vom AN zu beantragen. Baustellen- und endgültige Anschlüsse müssen zugänglich bleiben und geschützt werden.

2.5 Schlitz-/Stemmarbeiten

Schlitz- und Stemmarbeiten sind zu vermeiden. Sind diese jedoch unumgänglich, dürfen sie nur nach Abstimmung mit der Objektüberwachung und dem Tragwerksplaner nach erfolgter Freigabe ausgeführt werden. Bei Nichtbeachtung gehen die Kosten der erforderlichen Nacharbeiten zu Lasten des AN.

2.6 Verkehrslastbeschränkungen

Überfahrten von vorhandenen Anlagen, Kabeln und Leitungen mit LKW u.dgl. sind nur auf asphaltierten Baustraßen und/oder Freigabe der örtlichen Bauleitung erlaubt.

2.7 Zentrale Müllentsorgung

Für die Abfallbeseitigung sind durch den AN auf dem Baugelände gem. BE-Plan Container aufzustellen. Standorte sind mit der Bauüberwachung abzustimmen. Abfälle (z.B. mineralischer Art, Holz, Folien und andere Kunststoffabfälle, Metalle, gemischte Baustellenabfälle) sind getrennt zu entsorgen. In die Container ist unaufgefordert täglich der anfallende Abfall, Müll und Schutt aus dem Gebäude und aus dem Baustellengelände zu deponieren. Bei der Abfallentsorgung und dem Recycling sind die Vorgaben des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) und der weiteren untergesetzlichen Regelwerke zu beachten. Gemäß VOB handelt es sich hierbei um Nebenleistungen. Siehe hierzu die zusätzlichen technischen Vertragsbedingungen im Hinblick auf QNG Zertifizierung.

2.8 Bauschild / Werbeverbot

Alle AN bekommen die Möglichkeit, sich auf einer vom AG bereitgestellten Firmenleiste auf dem Bauschild einzutragen. Werbung - auch das Aufstellen eigener Firmenwerbung jeglicher Art ist im gesamten Baustellenbereich nicht gestattet.

2.9 Kameraüberwachung

Aus Sicherheitsgründen (angrenzendes Wohnheim ist im Betrieb/Diebstahl) wird das gesamte Baufeld 24/7 videoüberwacht. Der AG ist durch die Abgabe eines Angebotes mit der Überwachung einverstanden. Dies schließt alle auf der Baustelle arbeitenden Menschen/Subunternehmer/Lieferanten etc. mit ein.

3 Angaben zur Bauablauforganisation

3 ANGABEN ZUR BAUABLAUFORGANISATION

3.1 Terminplan

Der AN hat einen Baufristenplan über seine vertraglichen Leistungen zu erstellen, anhand dessen die Einhaltung der Vertragsfristen nachgewiesen und überwacht werden kann. Notwendige Umläufe für die Prüfung von Werkstattplanungen, Freigaben, Bestellfristen, vorgezogene Maßnahmen u. dgl. sind zu berücksichtigen und einzutragen. Zwischentermine sind entsprechend dem Bauablauf fortzuschreiben. Der Endtermin bleibt hiervon unberührt. Die Festlegungen des AG, z. B. zur baufachlichen oder terminlichen Koordinierung mit den übrigen Leistungsbereichen, sind zu berücksichtigen. Bei erheblichen Abweichungen von sonstigen Festlegungen ist der Plan durch den AN unverzüglich zu überarbeiten. Der Plan ist dem AG max. 12 Werktage nach Auftragserteilung, bei Überarbeitungen unverzüglich, jeweils in 3 Ausfertigungen, mpp-Datei und als pdf-Datei zu übergeben. Zwischentermine werden anhand des Projektterminplanes zwischen dem AN und AG nach Auftragserteilung festgelegt und vereinbart.

3.2 Dokumentationsunterlagen

Der Auftragnehmer hat die komplette Dokumentation seiner Leistung vier Wochen vor dem Abnahmetermin an den Auftrag- geber zu übergeben.

Die Übergabe erfolgt:

- in Papierform, in 1-facher Ausfertigung, zusammengestellt in Ordnern, Größe DIN A 4
- zusätzlich digital auf Datenträger

Die Dokumentation muss in folgender Reihenfolge enthalten:

- 00 Inhaltsverzeichnis
- 01 Fachunternehmer- und Fachbauleitererklärung
- 02 Übereinstimmungserklärungen
- 03 Prüfzeugnisse, allgemeine bauaufsichtliche Zulassungen, Zustimmungen im Einzelfall
- 04 Einbauvorschriften
- 05 Materiallisten
- 06 Produktunterlagen, geordnet nach:

- a. Fabrikat
- b. Modell- bzw. Artikelnummer
- c. Farbangaben
- d. Materialangaben, Produktdatenblätter
- e. Hersteller und Lieferant
- f. Einbauanleitungen
- g. Wartungs- und Pflegeanleitungen

07 Werkstattzeichnungen, statische Berechnungen

- a. Planlisten
- b. statische Berechnungen
- c. Werkstatt- und Montagepläne
- d. Detailpläne

08. Bautageberichte

09 Abnahmeprotokoll ggf. mit Mängellisten

10 Firmenprotokolle

- a. Betriebsvorschriften
- b. Funktionsbeschreibungen
- c. Protokolle zu Leistungen während der Bauzeit, die zu protokollieren waren.

11 CD oder DVD mit allen von 00 bis 10 aufgeführten Unterlagen.

Die hierfür erforderlichen Kosten sind in den Angebotspreisen mit zu berücksichtigen.

3.3 Bauwesenversicherung

Die Stadt Nürnberg schließt eine Bauwesensversicherung für das Bauvorhaben ab.

Der Auftragnehmer hat einen Nachweis für das Bestehen einer Betriebs/ Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckungs- summe von 3. Mio. Euro je Schadensfall einschließlich einer Mehrfachmaximierung der Deckungssumme je Versicherungs- jahr vorzulegen.

Der Auftragnehmer hat den Nachweis über die Versicherung un- aufgefördert spätestens vor Ausführungsbeginn dem AG vorzu- legen. Die Kosten für die Prämien einschließlich Versicherungs- steuer sind in die Einheitspreise des Angebots einzukalkulieren. Der Auftraggeber behält sich vor, vor Vertragsabschluss eine Er- klärung des Versicherungsunternehmens des Auftragnehmers abzufordern, welche bestätigt, dass diese im Auftragsfall eine Berufs-/ Betriebshaftpflichtversicherung über vorg. Deckungs- summen abzuschließen bereit ist oder eine solche Versicherung bereits ständig abgeschlossen ist.

3.4 Planunterlagen

Planunterlagen werden dem AN vom AG/ Planer in digitaler Form auf dem Planserver zur Verfügung gestellt. Zur Anlaufbe- sprechung erfolgt die Übergabe der Planunterlagen einmalig auf einem Datenträger. Die Ausführung erfolgt nach den Architektenplänen und den Planunterlagen der Fachplaner sowie der Werkstatt- und Mon- tageplanung des AN. Sämtliche Planungsunterlagen sind der Ausführung zu Grunde zulegen und zeitgleich auf der Baustelle vorzuhalten und gegeneinander abzugleichen bzw. zu prüfen. Abweichungen sind innerhalb von 5 Arbeitstagen (AT) nach Planerhalt schriftlich dem AG/ Planer anzuzeigen.

3.5 Muster und Bemusterungen

Muster für Materialien, Farben und Formen sind vom AN recht- zeitig und ggf. in Varianten und mehrfachen Umläufen vor Aus- führung vorzulegen und vom AG bestätigen zu lassen. Diese Leistungen dienen der Entscheidungs- und Montagehilfe und sind, sofern sie Besondere Leistungen darstellen, als eigene Positionen im Leistungsverzeichnis aufgeführt. Muster nach Auftragserteilung, welche nicht den vertraglichen Anforderungen entsprechen, müssen auf Kosten des AN neu gefertigt bzw. vorgelegt werden. Hierdurch entstehende Termin- verschiebungen gehen zu Lasten des AN und berechtigen nicht zur Anmeldung von Behinderungen durch den AN.

3.6 Bauleiter Auftragnehmer / Baustellenbesetzung

Der vom AN beauftragte Bauleiter und ggf. sein Vertreter sind dem AG vor Ausführung bekannt zu geben. Der Nachweis über die Fachkunde des Bauleiters ist dem AG vorzulegen. Der Bau- leiter muss der deutschen Sprache mächtig sein. Er muss stän- dig also auch außerhalb der Arbeitszeit zu erreichen sein, wenn dies gefordert wird. Ein Wechsel des Firmenbauleiters ist dem AG bzw. der örtlichen Bauüberwachung unverzüglich schriftlich anzuzeigen. Der AN ist verpflichtet, die Baustelle während der Ausführung der vertraglich geschuldeten Leistung werktags zu den üblichen Arbeitszeiten ohne Unterbrechung bis zum Abschluss der Maß- nahme mit ausreichend Personal zu besetzen, um termingerecht seine vertraglich vereinbarten Leistungen zu erbringen.

3.7 Bautageberichte

Der AN hat Bautagesberichte im Format DIN A4 sowie digital zu führen und dem AG bzw. seiner örtlichen Bauleitung einmal wöchentlich, für jeden Arbeitstag einzeln, zu übergeben. Sie müssen alle Angaben enthalten, die für die Ausführung und Ab- rechnung des Auftrags von Bedeutung sein können.

3.8 Baubesprechungen

Der AN hat innerhalb seines Ausführungszeitraumes an den vor- aussichtlich wöchentlich stattfindenden Baubesprechungen mit einem deutschsprachigen geeigneten, bevollmächtigten Vertre- ter, der vor Beginn der Arbeiten benannt werden muss, teilzu- nehmen. Eine Vergütung der Teilnahme erfolgt nicht. Das Er- gebnis dieser Gespräche wird in Protokollen durch die örtliche Bauüberwachung festgehalten. Einsprüche gegen das Protokoll sind innerhalb von 5 Werktagen, sp. jedoch in der nächstfolgen- den Sitzung, geltend zu machen.

3.9 Kalkulationsgrundlagen

Die technischen Angaben dieser Ausschreibung stellen qualitative Mindestanforderungen dar. Die Ausführungs- und Leistungsbeschreibung sowie die beigefügten Zeichnungen erläutern das geforderte Konstruktionsprinzip und die Anforderungen an die zu erstellenden Arbeiten.

Die technischen Anforderungen der Leistungsbeschreibung und die dargestellte formale Gestaltung sind verbindlich für die Preiskalkulation.

Die konstruktive (Detail-) Ausführung ist dem Bieter zur Anwendung eigener Erfahrungen und der betriebseigenen Verfahrensweise unter Berücksichtigung der oben genannten Anforderungen freigestellt. Eine Qualitätsminderung gegenüber der ausgeschriebenen Leistung ist nicht zulässig.

3.10 SiGe-Koordinator

Auf der Baustelle gelten die Arbeits- und Gesundheitsbestimmungen gemäß Baustellenverordnung (BaustellV). Gemäß der Baustellenverordnung hat der AG einen Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinator eingeschaltet. Den Anweisungen des Koordinierenden (auch Festlegungen im SiGePlan) ist unbedingt Folge zu leisten.

Der AN hat alle erforderlichen Maßnahmen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes zu treffen und die Hinweise des Koordinators und den Sicherheits- und Gesundheitsschutzplan zu berücksichtigen.

Der SiGePlan für die Firmen wird auf der Baustelle sichtbar ausgehängt. Die Mitarbeiter des AN müssen sich mit dem Inhalt des SiGePlans und den zugehörigen Erläuterungen vor Beginn der Arbeiten vertraut machen. Im Zuge der Koordination gemäß Baustellenverordnung verpflichtet sich der AN vor Beginn der Arbeiten, dem SiGeKo folgende Unterlagen zur Verfügung zu stellen:

- Namensliste der Ersthelfer und der Aufsichtführenden, die auf der Baustelle eingesetzt werden sollen
- Gefährdungsbeurteilung des Arbeitsplatzes gem. Arbeitsschutzgesetz
- Prüfnachweise der Arbeitsmittel, soweit diese durch Vorschriften der BG oder andere Vorschriften gefordert werden
- Sachkundenachweis für Eingriffe in den Straßenverkehr, soweit diese aus Gründen der Baustelleneinrichtung notwendig sind
- Montageanweisungen für Montagearbeiten, soweit erforderlich sowie alle weiteren vom SiGeKo geforderten Unterlagen.

3.11 Arbeitszeiten / Baustellenbesetzung / Alkoholverbot

Die Arbeitszeiten müssen den gültigen Bestimmungen entsprechen. Arbeiten auf der Baustelle sind zugelassen montags bis freitags im Zeitraum zwischen 7:00 und 20:00 Uhr sowie samstags im Zeitraum zwischen 7:00 und 15:00 Uhr.

Ausnahmen sind mit dem Bauherrn und mit den zuständigen Behörden eigenverantwortlich abzustimmen.

Es besteht ein generelles Alkoholverbot für alle am Bau Beteiligten.

Bei Zuwiderhandlung wird ein Baustellenverbot ausgesprochen.

3.12 Brandschutzmaßnahmen während der Bauzeit

Der Bieter hat den Brandschutz auf der Baustelle sicherzustellen, insofern die Ausführung der eigenen Leistung betroffen ist.

Dem Vertreter des AG ist ein zuständiger Ansprechpartner zu benennen. Während der Bauzeit sind vorbeugende Brandschutzmaßnahmen betrieblicher Art zu treffen. Auf die technische Regel "Baustellen - Unverbindlicher Leitfaden für ein umfassendes Schutzkonzept VdS 2021" wird hingewiesen. In dem Bauobjekt bzw. auf dem Baugelände dürfen brennbare Baustoffe und sonstige brennbare Gegenstände nur örtlich und in Tagesgebrauchsmengen begrenzt, gelagert werden. Dies gilt auch für brennbare Flüssigkeiten und brennbare Gase.

Brennbare Abfallstoffe sind täglich aus dem Bauobjekt zu entfernen.

Großbehälter mit brennbaren Baustoffen sind mit einem Abstand von mindestens 10,0 m zu den Objekten aufzustellen.

Bei feuergefährlichen Arbeiten, z. B. Schweißen, Abbrennen, Schneiden, sowie beim Umgang mit offener Flamme in Verbindung mit

brennbaren Baustoffen, sind Brandschutzposten einzu- teilen. Es sind geeignete Feuerlöschgeräte bereitzustellen. Nach Beendigung feuergefährlichen Arbeiten sind Nachkontrollen durchzuführen. Auf die Unfallverhütungsvorschrift "Schweißen, Schneiden und verwandte Verfahren ASR A2.2, Betriebssicher- heitsverordnung und DGUV Information 205-001 "Arbeitssicher- heit durch vorbeugenden Brandschutz"" wird hingewiesen.
Bei potenzieller Schweißbrandgefahr muss Brandwache von mind. zwei Stunden durchgeführt und somit betreffende Feuerarbei- ten rechtzeitig vor Feuerabend beendet werden.

4 ZTV DGNB- und QNG-Zertifizierung

DGNB- und QNG-Zertifizierung

Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen

4.1 Einleitung

Der Bauherr hat sich entschieden, das Gebäude hinsichtlich nachhaltiger Kriterien zu bewerten. Dies erfolgt im Rahmen der DGNB-Zertifizierung.

Das Deutsche Gütesiegel für Nachhaltiges Bauen (DGNB) ist ein Zertifizierungssystem für die Bewertung der Nachhaltigkeit von Bauprojekten. Hierzu sind durch die Deutsche Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen Kriterien in fünf Hauptkategorien (Ökolo- gische Qualität, Ökonomische Qualität, Soziokulturelle Qualität, Technische Qualität, Prozessqualität) sowie einer Kategorie zur Beurteilung des Standortes definiert worden, die zur Bewertung und Zertifizierung herangezogen werden. Je nach Gebäudetyp kommen dabei unterschiedliche Kriterienkataloge zum Einsatz.

Ziel des Bauherrn ist es, das Gebäude nach dem DGNB- Nut- zungsprofil

Neubau Wohngebäude, Version 2023 (NWO 23)

mit einem Gesamterfüllungsgrad von mindestens 50% (Silber) zertifizieren zu lassen.

Im Rahmen des gesamten Planungs- und Bauprozesses sind daher die Vorgaben des Zertifizierungssystems im Projekt umzu- setzen und mit Fertigstellung des Gebäudes nachzuweisen bzw. zu dokumentieren.

4.2 Mitwirkung bei der Zertifizierung

Der Auftragnehmer (AN) unterstützt den Auftraggeber (AG) bei der Nachweisführung zur Erreichung des Zertifikats und verpflichtet sich, am Zertifizierungsprozess aktiv und um- fassend mitzuwirken. Eine notwendige planungs- und bau- begleitende Dokumentation ist im Rahmen des Zertifizie- rungsprozesses zu erstellen. Der DGNB-Auditor steht dem AN dabei für Rückfragen im Hinblick auf den Zertifizierungs- prozess zur Verfügung.

Durch den AN ist eine Person zu benennen, welche für die Um- setzung der Anforderungen und Dokumentation aus der Nach- haltigkeitszertifizierung, die in den Aufgabenbereich des AN fallen, verantwortlich ist und als Ansprechpartner für den AG so- wie den DGNB-Auditor zur Verfügung steht. Die benannte Per- son sollte nach Möglichkeit Erfahrungen im Bereich von Gebäu- dezertifizierungen aufweisen können.

Das vorliegende Pflichtenheft zur Zertifizierung und die dazuge- hörige Status-Tabelle sowie das Pflichtenheft Materialökologie (DGNB) werden bei Beauftragung Bestandteil der Vertragsunter- lagen.

Der AN muss die im Pflichtenheft Materialökologie (DGNB) be- schriebenen Aufgaben und Dokumentation und somit vertraglich geschuldeten Unterlagen mit besonderer Sorgfalt zusammen- führen und termingerecht liefern. Die Unterlagen sind unter Be- achtung der Anforderungen an die Dokumentation und nach den Vorgaben des DGNB-Auditors in digitaler Form vor Arbeitsauf- nahme bereitzustellen.

4.3 Anforderung Qualitätssiegel Nachhaltiges Gebäude (QNG)

Im Projekt wird das Qualitätssiegel QNG-Plus angestrebt. Voraussetzung für eine Vergabe von QNG-PLUS ist ein Nachweis der Erfüllung

der Anforderung an die Schadstoffvermeidung in Baumaterialien. Dem Gebäude darf nur QNG-Plus zuerkannt werden, wenn der Bauherr alle bauausführenden Firmen vertraglich zur Einhaltung der QNG Qualitätsanforderungen an die Schadstoffvermeidung verpflichtet hat und die Firmen nach Fertigstellung ihrer Leistungen deren Erfüllung erklären.

Erforderlichen Nachweise:

- Liste der beteiligten Firmen mit Angabe der Leistungsbereiche
- Vertragsauszüge und/oder Qualitätssicherungsvereinbarungen
- Firmenerklärungen und/oder Auszüge aus Abnahmeprotokollen

4.4 Anforderungen an Bauprodukte aus der Zertifizierung

Die detaillierten Anforderungen an die Bauprodukte und deren Dokumentation, sind im Pflichtenheft Materialökologie (DGNB) und seinen Anlagen formuliert. Folgende Unterlagen sind den Ausschreibungsunterlagen beigelegt:

30360_RB34_DGNB_PH-MatOeko(DGNB)_A1
30360_RB34_DGNB_PH-MatOeko(DGNB)_A2a
30360_RB34_DGNB_PH-MatOeko(DGNB)_A2b
30360_RB34_DGNB_PH-MatOeko(DGNB)_A3
30360_RB34_DGNB_PH-MatOeko(DGNB)_A4
30360_RB34_DGNB_PH-MatOeko(DGNB)

Die speziellen Anforderungen an die Bauprodukte sind der o.g. Anlage A1 und A2 zu entnehmen und bei der Auswahl zu berücksichtigen.

4.5 Anforderungen an den Bauprozess

Während des Baustellenbetriebs sollen negative Einflüsse auf Umwelt und Infrastruktur, soweit es geht, vermieden werden. Zu den negativen Einflüssen zählen beispielsweise Belastungen des Grundwassers, der Kanalisation, der umliegenden Gebäude und Freiflächen sowie Personal und Nachbarschaft durch Abgasbelastungen, Staubentwicklung oder übermäßigen Lärm sowie allgemeine Bauabfälle. Ein besonderes Augenmerk gilt dem Bodenschutz auf der Baustelle. Die nachfolgenden Anforderungen sind für den AN bindend.

4.5.1 Wertstoffoptimierte Baustelle

Abfälle sind im Rahmen der Möglichkeiten des ANs zu vermeiden (Verpackung, genaue Mengenabschätzung bei Gebinden etc.).

Der AN hat dafür zu sorgen, dass die Baustoffe und Bauteile in umweltfreundlicher Verpackung mit möglichst geringem Verpackungsanteil (z.B. Großgebinde, Siloware oder recycelbare Verpackung) angeliefert werden. Verpackungslose Anlieferung, Mehrwegverpackungen und Verpackungsmaterial aus Papier, Pappe und Polypropylenfolie sind zu bevorzugen.

Der AN trifft alle erforderlichen Vorkehrungen, um anfallende Abfälle getrennt nach mineralischen Abfällen, Wertstoffen, gemischten Baustellenabfällen, Problemabfällen und gefährlichen Abfällen zu erfassen und gewährleistet eine korrekte Nutzung der Sammelstellen bzw. die fachgerechte Entsorgung.

Die am Bauprozess beteiligten Mitarbeiter und Nachunternehmer sind vom AN gezielt bezüglich der Abfallvermeidung zu schulen. Eine Dokumentation der Schulung ist vorzulegen.

Der AN verpflichtet sich, alle rechtlichen Vorschriften zur Vermeidung, Trennung und Entsorgung von Abfällen zu erfüllen. Dies betrifft insbesondere das Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (KrW-/AbfG), die Landesabfallgesetze sowie Ortssatzungen.

Die Einhaltung der Anforderungen wird in regelmäßigen Abständen durch den AG (Bauleitung) kontrolliert und dokumentiert.

Der Bauherr behält sich vor, zu diesem Zweck einen Abfalllogistiker zu beauftragen.

4.5.2 Lärmarme Baustelle

Der AN ist angehalten, bei der Minimierung der Lärmemissionen aktiv mitzuwirken. Die Arbeiten sind so durchzuführen, dass unnötige lärmende Tätigkeiten vermieden werden.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich folgende Richtlinien, Vorgaben und Vorschriften einzuhalten:

- §27 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes;
- 2000/14/EG-Richtlinie über umweltbelastende Geräuschemissionen von zur Verwendung im Freien vorgesehenen Geräten und Maschinen (Outdoor-Richtlinie);
- Nach Möglichkeit Einsatz lärmarmen Baumaschinen mit dem Gütesiegel RAL-UZ 53 (Blauer Engel);
- Technische Lärminderung hat Vorrang vor organisatorischen und persönlichen Lärmschutzmaßnahmen.

Der Einsatz lärmindernder Arbeitsverfahren sowie lärmgeminderter Baumaschinen und -geräte ist durch den AN anhand geeigneter Dokumente (Liste eingesetzter Baumaschinen, Prüfzeugnisse) mit Angebotsabgabe nachzuweisen.

Lärmintensive Arbeitsverfahren und -prozesse sind durch den AN vorab anzuzeigen und mit der Bauleitung und/oder dem Si-GeKo abzustimmen.

Der AN verpflichtet sich, seine Mitarbeiter gezielt in die Maßnahmen zur Lärmvermeidung einzuweisen. Entsprechende Protokolle sind dem (AG) vor Arbeitsaufnahme vorzulegen.

5.1 Umweltschutz / Lärmschutz während der Bauzeit

Die allgemein gültigen Vorschriften zum Schutz gegen Baulärm sind einzuhalten. Außerdem sind die Auflagen und Verwaltungsvorschriften des Immissionsschutz- und des Abfallbeseitigungsgesetzes zu beachten und strikt einzuhalten. Die Belästigungen im Baustellenbereich an/auf den Zufahrtsstraßen durch Lärm, Staubentwicklung o. ä. bei den Arbeiten und Transporten sind auf das unvermeidbare Maß zu beschränken. Der AN hat alle Arbeiten mit Geräten auszuführen, die dem neuesten Stand des Immissionsschutzgesetzes entsprechen. Er trägt die alleinige Verantwortung für die Einhaltung aller Auflagen und einschlägigen Bestimmungen.

Die Kosten dafür sind als Nebenleistungen entsprechend zu berücksichtigen. Der Einsatz der Maschinen und Geräte muss den Bestimmungen der 32. BImSchV (Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung) entsprechen. Merkblatt zum Schutz gegen Baulärm der Stadt Nürnberg ist zu beachten.

Der Erhalt von Bäumen, Sträuchern und Pflanzbeständen in den nicht unmittelbar vom Baugeschehen in Anspruch genommenen Flächen ist zu gewährleisten bzw. gemäß den gesetzlichen Vorschriften sicher zu stellen.

Es dürfen nur ausgewiesene Flächen für die Baustelleneinrichtung genutzt werden.

Zum Schutz des Grundwassers sind etwaige Öl- oder Treibstofflager nach den gültigen Vorschriften herzurichten und der örtlichen Aufsichtsbehörde anzuzeigen und von ihr genehmigen zu lassen. Die Betankung von Baumaschinen und deren Wartung hat so zu erfolgen, dass Grundwasserverunreinigungen zuverlässig zu vermeiden sind.

Ein Auslaufen von wasserschädlichen Flüssigkeiten (auch in geringen Mengen) ist dem Auftraggeber bzw. der örtlichen Bauleitung unverzüglich zu melden.

5.2 Baubetriebliche Emissionen

Es sind die gesetzlichen Bestimmungen gemäß Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) und AVV Baulärm zu beachten. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, baubetrieblich bedingte Belästigungen und Beeinträchtigungen (insbesondere durch Lärm, Staub und Schmutz) der Anwohner und Nutzer der anliegenden Straßen und Grundstücke auf ein technisch mögliches Minimum zu reduzieren. Dies wird insbesondere durch den Einsatz lärmarmen Baumaschinen und einen verträglichen Einsatz relevanter Maschinen (Zeitplanung des Einsatzes) berücksichtigt. Alle gesetzlich vorgeschriebenen Schutzvorkehrungen gegen Lärm sind vom Auftragnehmer vorzusehen und in den Leistungspositionen einzurechnen.

Gemäß AVV Baulärm gilt für Gebiete in denen ausschließlich Wohnungen untergebracht sind der Immissionsrichtwert von 50 dB (A) am Tag. Dieser Richtwert ist einzuhalten. Als Tageszeit gilt die Zeit von 7:00 bis 20:00 Uhr. Nur in dieser Zeit sind lärmintensive Bauarbeiten überhaupt möglich. Wird dieser Schallimmissionspegel um mehr als 5 dB überschritten, so sind vom Auftragnehmer

Lärminderungsmaßnahmen zu veranlassen. Erste Abstimmungen haben mit Auftragsbeginn zu erfolgen. Sind Arbeiten geplant, bei denen ein voraussichtlicher Beurteilungspegel von 80 dB(A) überschritten wird, muss dies rechtzeitig dem AG gemeldet werden.

Im Interesse des Bauherrn und der nachbarschaftlichen Situation ist eine Abstimmung durchzuführen. Im Rahmen der Bau-

überwachung werden Überprüfungen des Baulärms erfolgen.

5.3 Staubarme Baustelle

Der AN verpflichtet sich zur Einhaltung folgender Richtlinien, Vorschriften, Vorgaben und Anweisungen:

- Gesetzliche Anforderungen: Gefahrstoffverordnung (GefStoffV); Technische Regeln für Gefahrstoffe (TRGS); Richtlinie für die Konkretisierung immissionsschutzrechtlicher Betreiberpflichten zur Vermeidung und Verminderung von Staubemissionen durch Bautätigkeit;
- Einrichtungen zum Abscheiden und Erfassen von Stäuben (Maschinen und Geräte) sind mit einer wirksamen Absaugung zu versehen und entsprechen dem Stand der Technik. Die Einrichtungen werden regelmäßig gewartet und geprüft. Entsprechende Protokolle und Nachweise sind auf der Baustelle vorzuhalten und auf Verlangen dem AG vorzulegen.
- Staub wird an der Entstehungsstelle erfasst und entsorgt. Eine Ausbreitung auf unbelastete Arbeitsbereiche und Ablagerung wird durch geeignete Maßnahmen, soweit technisch möglich, verhindert. Entfernung von Staub erfolgt im Nass- bzw. Feuchtverfahren oder durch saugende Verfahren.
- Bei staubintensiven Tätigkeiten sind Schutzkleidungen und Atemschutzmasken zu tragen.
- Verwendung staubarmer Materialien: Granulate oder fertig angemischte Mörtel oder Spachtelmassen sind anmischbaren pulvrigen Massen vorzuziehen.
- Komponenten der Lüftungsinstallation (Kanäle, Schalldämpfer etc.), die der späteren Zuluftführung dienen, müssen auf der Baustelle bei Lagerung und Montage abgedeckt bzw. verschlossen sein und vor Einbau gereinigt werden, um unnötige Belastungen der Raumluft durch Staubemissionen zu verhindern.

Staubintensive Arbeitsverfahren und -prozesse sind durch den AN vorab anzuzeigen und mit der Bauleitung und/oder dem Si-GeKo abzustimmen.

Der AN verpflichtet sich, über die gewählten Arbeitsverfahren und -prozesse und durchgeführten Maßnahmen eine Dokumentation zu erstellen und dem AG zu übergeben.

Die Einhaltung der Anforderungen wird in regelmäßigen Abständen durch den AG (Bauleitung) kontrolliert und dokumentiert.

5.4 Umweltschutz auf der Baustelle (Bodenschutz)

Der AN hat sicherzustellen, dass bei seiner Leistungserbringung der Boden nicht durch chemische Verunreinigungen kontaminiert wird.

Bei Lagerung von umweltschädlichen Baustoffen auf der Baustelle sind entsprechende Bodenschutzmaßnahmen zu treffen. Die Lagerung solcher Baustoffe ist mit dem SiGeKo und der Bauleitung abzustimmen.

Der AN hat dafür Sorge zu leisten, dass insbesondere die wie folgt gekennzeichneten umweltschädlichen Stoffe (Gefahrensymbol N bzw. H-Sätze) nicht in Kontakt mit der Umwelt gelangen; der Einsatz dieser Stoffe sollte vermieden werden:

- H400 Sehr giftig für Wasserorganismen
- H410 Sehr giftig für Wasserorganismen mit langfristiger Wirkung
- H411 Giftig für Wasserorganismen, mit langfristiger Wirkung
- H412 Schädlich für Wasserorganismen, mit langfristiger

Wirkung

- H413 Kann für Wasserorganismen schädlich sein, mit langfristiger Wirkung
- H420 Schädigt die öffentliche Gesundheit und die Umwelt durch Ozonabbau in der äußeren Atmosphäre.

Baumaschinen sind regelmäßig zu warten und auf Leckagen zu kontrollieren.

Der Boden ist vor schädlichen mechanischen Einflüssen zu schützen und auf das notwendige Maß zu beschränken. Schädliche mechanische Einflüsse sind z. B. unnötige Verdichtungen oder eine Vermischung von unterschiedlichen Bodenschichten.

Der AN verpflichtet sich, seine Mitarbeiter gezielt in die Maßnahmen zum Umwelt- und Gefahrenschutz, insbesondere im Umgang mit Bauprodukten, einzuweisen. Entsprechende Protokolle sind dem AG vor Arbeitsaufnahme vorzulegen.

Die Einhaltung der Anforderungen wird in regelmäßigen Abständen durch den AG (Bauleitung) kontrolliert und dokumentiert.

6. Anlagen

30360_RB34_DGNB_PH-MatOeko(DGNB)_A1
30360_RB34_DGNB_PH-MatOeko(DGNB)_A2a
30360_RB34_DGNB_PH-MatOeko(DGNB)_A2b
30360_RB34_DGNB_PH-MatOeko(DGNB)_A3
30360_RB34_DGNB_PH-MatOeko(DGNB)_A4
30360_RB34_DGNB_PH-MatOeko(DGNB)

5 Ausführungsbeschreibung ELT

Bauvorhaben: Gesamtplanung des Areals mit
versch. Nutzerinnen und Nutzern
Stadt Nürnberg
Reutersbrunnenstraße 34
90429 Nürnberg

Maßnahme: Baustromversorgung
West-/ Ostbau
Elektroinstallation DIN 18382

Auftraggeber: Stadt Nürnberg
Hochbauamt
Abteilung Elektrotechnik
Postadresse:
Marienortgraben 11, 90402 Nürnberg
Büroadresse:
Marienortgraben 13, 90402 Nürnberg

- Allgemein

1.1 Allgemeine Beschreibung

Die Stadt Nürnberg beabsichtigt das bestehende Areal in der Reutersbrunnenstraße, in 90429 Nürnberg, in mehreren Teilabschnitten umzubauen. Das Bestandsgebäude (34) wird zum Teil abgebrochen und saniert. Es werden zwei neue Gebäude errichtet.

Für diese Maßnahmen werden eine Baustromversorgung und eine Baubeleuchtung für die Bauten West und Ost benötigt. Das Bestandgebäude wird gesondert betrachtet/ ausgeschrieben.

Aufgrund des Bauablaufes wird die Baustromversorgung und die Baubeleuchtung gesondert von der Hauptmaßnahme ELT als Vorabmaßnahme ausgeschrieben.

1.2 Angaben zur Baustelle

Lage

Die Baumaßnahme befindet sich in der Reutersbrunnenstraße 34, 90429 Nürnberg.

Baustellenordnung:

Der Auftragnehmer und seine Beauftragten sind verpflichtet, den Weisungen der örtlichen Objektüberwachung, die sich auf die Zusammenarbeit und allgemeine Ordnung beziehen, Folge zu leisten und haben ihr Personal zu einem guten und reibungslosen Zusammenarbeiten anzuhalten.

Auf Verlangen der Objektüberwachung sind Personen, die hiergegen verstoßen oder die für die ihnen übertragenen Arbeiten nachweislich nicht genügende Erfahrung und Sachkunde haben oder deren Verhalten den Fortschritt des Baues beeinträchtigen, abzurufen und durch geeignetes Personal zu ersetzen.

Den auf der Baustelle beschäftigten Personen ist das Betreten und der Aufenthalt in anderen als durch die Arbeit bedingten Räumen und Bereichen nur mit Zustimmung der örtlichen Bauüberwachung gestattet.

Separate Werbung ist nicht zulässig und wird bei erfolgter Aufforderung zur Entfernung kostenpflichtig beseitigt.

Baustelleneinrichtung:

Ein Baustelleneinrichtungsplan wird dem AN bei Auftragserteilung übermittelt, dieser wird von den Planenden fortgeschrieben.

Öffentliche Verkehrsflächen:

Öffentliche Verkehrsflächen außerhalb der Baustelle u.a. insbesondere Gehwege und Randsteine, sind bei der Bauausführung zu schützen (§12 Abs. 2 LBO); für Schäden muss nach zivilrechtlichen Grundsätzen Ersatz geleistet werden. Öffentliche Verkehrsflächen außerhalb der Baustelle, Straßen, Wege und sonstige Außenanlagen sind dauerhaft sauber zu halten und bei unvermeidlichen Verschmutzungen vom Auftragnehmer unverzüglich zu reinigen. Die Kosten trägt der AN.

Lager und Aufenthaltsräume:

Flächen für einen Lager- und Aufenthaltscontainer des AN stehen im Bereich der Baustelleneinrichtung zur Verfügung. Sollten vom AN entsprechend mehr Container benötigt werden, hat er sich eigenverantwortlich um die dafür benötigten Aufstellflächen zu bemühen. Die Kosten hierfür sind in die Einheitspreise einzukalkulieren, sie werden nicht gesondert vergütet.

Baustrom / Baubeleuchtung

Es steht für die Maßnahme kein Baustrom/ Bauwasser zur Verfügung. Es muss mit akkubetriebenen Geräten gearbeitet werden. In Ausnahme darf die allgemeine Stromversorgung in Rücksprache mit dem AG/ Nutzer/ verwendet werden. Die Kosten trägt der AN.

Anschlüsse Abwasser:

Während der Bauausführung anfallendes Schmutzwasser kann nur an den dafür vorgesehenen Stellen innerhalb des Baugeländes in das bestehende Abwassernetz eingeleitet werden.

Abgrenzung des Leistungsumfangs

Durch den AN werden lediglich Kabel und Leitungen, die im Leistungsverzeichnis erfasst sind, angeschlossen. Geräte/ Anlage der Fremdgewerke (einschl. der Vorhaltung von Kabeltrommeln und Bauleuchten am Arbeitsplatz) werden durch das jeweilige Gewerk vorgehalten und in Eigenregie an den Verteilungen des AN angeschlossen.

Durch den AN für Baustromversorgung werden keine Stecker/ Kupplungen für die Fremdgewerke geliefert und montiert.

2.1 Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen (ZTV)

Nicht genormte Baustoffe

Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber den Nachweis der Überwachung (Güteüberwachung) der zu liefernden Stoffe und Bauteile entsprechend den betreffenden DIN-Normen zu erbringen.

Diese Forderung gilt für nicht genormte Stoffe und Bauteile als erfüllt, wenn ein Güteschutzzeichen einer anerkannten Überwachungs-/ Güteschutzgemeinschaft vorliegt.

Können diese Voraussetzungen nicht erfüllt werden, ist die Genehmigung des AG vor dem Einbau dieser Stoffe und Bauteile einzuholen.

Ausführungen - Normen

Die Ausführung der Leistungen hat nach den Allgemeinen Technischen Vorschriften für Bauleistungen nach DIN (VOB - Teil C) zu erfolgen. Ferner gelten die allgemein anerkannten Regeln der Technik.

Die Unterlagen der bauaufsichtlichen Zulassungen für alle Bauteile sind in Schriftform beim Bauleiter auf der Baustelle vorzuhalten, so dass sie jederzeit von der Objektüberwachung oder vom Auftraggeber eingesehen werden können.

Fachbauleiter nach LBO §45

Der Auftragnehmer (AN) hat vor Beginn der Arbeiten einen verantwortlichen, deutschsprachigen Fachbauleiter schriftlich zu benennen. Zu den Pflichten des verantwortlichen Fachbauleiters gehören insbesondere:

- Die ständige Überwachung, dass sämtliche Arbeiten nach den anerkannten Regeln der Technik, insbesondere nach den in den Verdingungsgrundlagen genannten Vorschriften ausgeführt werden

- Überwachen, dass die Arbeitsschutzbestimmungen eingehalten werden.

- Überwachung und Organisieren der Trennung des Abbruchmaterials in die verschiedenen Wertstoffe und die Wiederverwertung der Materialien.

Der Ansprechpartner des AN muss während der gesamten Ausführungszeit des AN auf der Baustelle und zur Verfügung des Auftraggebers bzw. der Objektüberwachung sein.

Der Bauleiter des AN hat, während der AN vor Ort arbeitet, an den wöchentlichen Baubesprechungen teilzunehmen und angeforderte Leistungen zu dokumentieren.

Ein Austausch der Fachbauleitung ist ohne zwingenden Grund nicht zulässig.

Die v.g. Leistungen werden nicht gesondert vergütet und sind in die Einheitspreise einzukalkulieren.

3. Technische Vorbemerkungen ELT

3.1. Allgemein ELT

Das vorliegende Leistungsverzeichnis ist größtenteils mit Positionen aus dem Standardleistungsbuch Bau erstellt. Das STLB-Bau orientiert sich an den Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen für Bauleistungen in der VOB/C.

Grundsätzlich ist daher auch im STLB-Bau die gebrauchsfertige Leistung beschrieben. Dies bedeutet, dass regelmäßig die fertige Leistung erwartet wird. Eingeschlossen sind somit auch die Lieferung der Stoffe nach VOB/C ATV DIN 18299 und alle Tätigkeiten wie herstellen, montieren, anschließen usw., die zur restlosen Erfüllung der Leistung gehören, auch wenn diese nicht ausdrücklich erwähnt werden.

3.2 Unterlagen zur Ausführung

Nachfolgende Unterlagen werden dem AN nach Erteilung des Auftrages bereitgestellt:

- Übersichtsschema Baustromversorgung Neubau West
- Übersichtsschema Baustromversorgung Neubau Ost
- Baustelleeinrichtungsplan
- Bauzeitenplan

Der AN ist verpflichtet, vor Aufnahme der Arbeiten, der bauleitenden Stelle die Werkplanung mit einer angemessenen Vorlaufzeit zur Prüfung/ Freigabe zur Ausführung bereitzustellen. Zu der Art und Umfang der Unterlagen sei insbesondere auf die DIN 18382 verwiesen.

Die Ausführungszeichnungen werden dem AN als DWG-/ PDF- Dateien digital zur Verfügung gestellt.

3.3 Technische Regeln und Richtlinien

Auf eine Wiedergabe bzw. Auflistung technischer Regeln wurde verzichtet, es wurden jedoch als Grundlage für die Planung die technischen Regeln, Richtlinien und Normen in der jeweils der- zeit gültigen Fassung angewandt.

4. Erläuterung zur Ausführungsplanung

4.1 Verteilungen, Kabel, Leitungen und Anschlüsse

Für die Baustromversorgung wird seitens der N-ERGIE je Gebäude eine neue Zuleitung bis zur Grundstücksgrenze verlegt. Diese endet jeweils in einer Anschlusssäule des EVU. Abgehend von dieser wird durch den AN ein Versorgungskabel H07RN-F 5G95 vom Übergabepunkt des EVU zum Baustrommessschrank des AN geführt. Dieser wird für Aufnahme der entsprechenden Wandler und des EVU-Wandlerzählers vorgerichtet. Die geeichten Wandler werden durch den EVU gestellt. Diese sind beim EVU abzuholen und einzubauen. Eine gesonderte Vergütung hierfür erfolgt nicht (Ist in die EP einzukalkulieren).

Nachgelagert wird die Zuleitung zur Baustromhauptverteilung zum jeweiligen Neubau geführt und angeschlossen.

Die Hauptverteilungen werden im Bereich der Zugänge der Neubauten aufgestellt.

Die Bestückung der Verteiler ist in den Positionen im Detail beschrieben. Die Baustromversorgung wird nach erfolgter Rücksprache mit dem AG messtechnisch erfasst (EVU-Zähler).

Die Umlage auf die AN erfolgt anhand eines vordefinierten Prozentschlüssels des AG. Der AN verwaltet die Zählerstände. Die Zählerstände sind dem AG in definierten Abständen zu übermitteln.

Die Lage der Versorgungstrassen für die Baustromversorgung wurde so gewählt, dass diese von den Maßnahmen nur geringfügig tangiert werden.

In geringem Umfang müssen im Zuge des Bauablauf die Verteiler/ Leuchten versetzt werden. Diese Leistungen werden über Positionen abgerechnet (siehe Titel Sonstiges/ Übergeordnete Aufgaben/ Anlagen).

Nach dem Errichten des Rohbaus (West-/ Ostbau) werden in den Geschossen Baustromunterverteiler gestellt (je Geb./ Gesch.).

Nach Abschluss der Arbeiten wird die Baustromversorgung und die Baubeleuchtung zurückgebaut. Aufgrund der langen Bauzeit wurde der Baustrom/ die Baubeleuchtung auf Kaufbasis ausgeschrieben. Die Bauteile gehen nach Abschluss der Arbeiten in den Eigentum des AG über. Die Bauteile sind kpl. zurückzubauen und gereinigt, geprüft und sortiert dem AG gegen Nachweis zu übergeben. Diese Leistungen sind nicht gesondert ausgeschrieben und sind in die EP einzukalkulieren.

Art der Kabel sowie der Querschnitte sind unter den Gesichtspunkten Spannungsfall, Strombelastbarkeit, Kurzschlussschutz und mechanischer Festigkeit ausgewählt. Gemäß den Anforderungen der vorherrschenden Konstruktionsvorgaben werden Kabel und Leitungen auf Gelände, bzw. auf Putz verlegt.

Kabel und Leitungen werden an ihren Anschlussstellen so befestigt, dass sie gegen Zug oder Druck entlastet sind. Die einzelnen Leiter werden entsprechend den Schaltungsunterlagen angeschlossen. Die Zuordnung und die Kennzeichnung der Stromkreise erfolgt dauerhaft gemäß den Schaltungsunterlagen. Die Einführungen an den Verteilungen werden nach den Anschlussarbeiten so hergestellt, dass die Schutzart der Verteilung nicht beeinträchtigt wird.

4.2 Installationsgeräte

Die Baubeleuchtung wird manuell geschaltet. Hierfür werden am Hauptzugang des jeweiligen Gebäudes Kontrollschalter je Steuereinheit für die LED-Bauleuchten installiert. Diese steuern den Eingang der LED-Steuerungen in den Geschossen an.

Eine sonstige zentrale Steuerung der Beleuchtung ist nicht vorgesehen und nicht erforderlich (Die AN werden hier durch die Bauleitung entsprechend eingewiesen). Die geplanten Steuereinheiten in den Geschossen werden direkt an Baustromverteilungen über Schukostecker angeschlossen. Gesonderte Steckgeräte sind somit nicht erforderlich.

4.3 Baubeleuchtung

Für die Baubeleuchtung werden IP65-LED-Stripes mit integrierter Sicherheitslichtfunktion eingesetzt. Diese sind im Verlauf der Verkehrswege geplant. Die Steuerungen der Stripes sind mit Notlichteinsätzen (integrierten Akku-Modulen) ausgestattet.

Es wird eine Baustellengrundbeleuchtung in Verkehrswegen eingerichtet. Für die Ausleuchtung der Arbeitsbereiche müssen die Gewerke analog der Stromversorgung (Trommeln, etc.) auch hier mobile Leuchten vorhalten.

4.4 Stemm- und Bohrarbeiten

Stemm- und Bohrarbeiten dürfen aufgrund der Statik nicht vom AN ausgeführt werden. Sofern diese benötigt werden, so werden diese nach Angaben des AN durch den Rohbauer bauseits ausgeführt (nicht im Leistungsumfang des AN-ELT).

4.5 Dokumentation und Abnahme

Anforderung an die Bestandsdokumentation gemäß VOB/C, DIN 18382, 3.4.1 und 3.4.2, Abweichend zur VOB/C Übergabe auf digitalem Datenträger.

Technische Datenblätter, Zertifikate, Messprotokolle ect. Während der Bauzeit sind Stromlaufpläne in den Verteilungen zu hinterlegen.

4.6 Stundenlohnarbeiten

Sollten im Ausnahmefall Stundenlohnarbeiten notwendig werden, so ist nach VOB/B § 15 zu verfahren. Die Abrechnungsbasis für die Stundenlohnarbeiten bilden die Preisblätter 221/ 222 (mit dem Angebot einzureichen).

01	KG 491 Baustrom Neubau West KJND	EUR
01.01	Messung/ Verteilungen	EUR

01.01.0001	Anschlussverteilerschrank Zähler/ Messung 160A, IP44	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	St pro 1,00 St

STLB-Bau 2025-10 054 8148
Baustromverteiler DIN EN 61439-4 (VDE 0660-600-4), als
Anschlussverteilerschrank, Bedienung durch elektrotechnischen
Laien, mit Berührungsschutzabdeckung DIN EN 50274 (VDE
0660-514), Zählerplatz nach den technischen
Anschlussbedingungen des zuständigen EVU,
Anzahl der Zählerfelder '1' St, Wandlerplatz nach den technischen
Anschlussbedingungen des zuständigen EVU, Gehäuse aus
verzinktem Stahl, pulverbeschichtet, Schutzklasse I,
Bemessungsstrom I Index nA tiefgestellt '160' A,
Bemessungsbetriebsspannung 230/400 V AC,
Bemessungsbelastungsfaktor '0.8', Freiluftaufstellung ungeschützt,
Schutzart IP 44 DIN EN 60529 (VDE 0470-1), Schutzart IK10 DIN
EN 62262 (VDE 0470-100),
min. Umgebungstemperatur '-25' Grad C,
max. Umgebungstemperatur '40' Grad C,
max. Umgebungstemperatur täglicher Mittelwert '35' Grad C,
max. relative Luftfeuchte bei einer Temperatur von 40 Grad C '50'
%, Verschmutzungsgrad 3 (schwer) DIN EN 61010-1 (VDE 0411-1),
Höhe über NN '1.5' m, EMV-Umgebung B Wohnbereiche,
geschlossene Bauform, Anlage ortsveränderbar, Standmontage,
einschl. Rohrgestell, aufbauen und abbauen, Bestückung mit
nachstehender Stromkreisausrüstung.

01.01.0002	Baustrom-Gruppenschrank bis 160 A HV-BV	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	St pro 1,00 St

Baustromverteiler Verteiler mit Schuko-/CEE-Abgängen, Ge- häuse
aus Stahlblech verzinkt, Pulverbeschichtung RAL 2000
(gelborange), Bodengestell feuerverzinkt, Tür mit selbstschlie-
ßendem Fallriegel (VA), abschl. durch Vorhängeschloss, Kran- ösen
schwenkbar, alle Einbauten Schutzisoliert, Tragegriffe nach DIN EN
61439-1 und 4 (VDE 0660-600-4), "Nieder-

spannungs-Schaltgerätekombinationen - Teil 4 Besondere Anforderungen an Baustromverteiler" (IEC 61439-4: 2013, als besonderer Speisepunkt nach DIN VDE 0100 Teil 704 zum Anschluss von Wechsel- und Drehstromverbrauchern auf Baustellen, IP44

Eingang/ Klemmen bis max.: 5x95 qmm
Zuleitung: L1, L2, L3, N + PE
Eingangsseitig Lasttrennschalter 160A, 3-pol.
NH-Sicherung Gr. 1, 250A, 3-pol.

Abgänge/ Bestückung

1 x NH00, 3-pol. 125A, 1 x FI 125/0,5A, Typ-B, 4-pol., 1 x CEE 125A/400V 5-polig
8 x D02, 63A, 3-polig
3 x FI 63/0,5A Typ-B, 4 x CEE 63A/400V 5-polig,
1 x FI 63/0,03A, Typ-B, 1 x LSS C/16A/ 3-polig,
1 x LSS C/32A/3-polig, 1 x CEE 16A/400V 5-polig,
1 x CEE 32A/400V 5-polig

01.01.0003	Baustrom-Endverteiler 5x63A, UV-BS	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	4,00	St pro 1,00 St

Baustromverteiler mit Schuko-/CEE-Abgängen, Gehäuse aus Stahlblech verzinkt, Pulverbeschichtung RAL 2000 (gelborange), Bodengestell feuerverzinkt, Tür mit selbstschliessendem Fallriegel (VA), abschliessbar durch Vorhängeschloss, Kranösen schwenkbar, alle Einbauten Schutzisoliert, Tragegriffe nach DIN EN 61439-1 und 4 (VDE 0660-600-4), "Nieder- spannung-Schaltgerätekombinationen -Teil4 Besondere Anfor- derungen an Baustromverteiler" (IEC 61439-4: 2013, als be- sonderer Speisepunkt nach DIN VDE 0100 Teil 704 zum Ansch- luss von Wechsel- und Drehstromverbrauchern auf Bauste- llen, IP44

Abgänge/ Bestückung:

1 x CEE-Gerätestecker 5/63 A 400 V/6 h
1 x FI-Schutzschalter 4pol. 63/0,03A,
1 x CEE-Steckdosen 5/32 A 400 V/6 h mit je 1 Leitungsschutz-
schalter 3/32 A -C-,
2 x CEE-Steckdosen 5/16 A 400 V/6 h mit je 1 Leitungsschutz-
schalter 3/16 A -C-,
2 x FI-Schutzschalter 4pol. 40/0,03A, 12 Schutzkontakt-

steckdosen 2/16 A 230 V mit je 1 Leitungsschutzschalter
1/16 A -C-

01.02	Rohre/ Kabel und Leitungen/ Anschlüsse				EUR	
	1 Leerrohrsysteme					
	Leerrohrsysteme					
01.02.0001	Kabelschutzrohr PVC-U AD 125mm WD 2,5mm	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	12,00	m pro 1,00 m
STLB-Bau 2025-10 051 1208 Kabelschutzrohr aus PVC-U DIN 8061, Maße DIN 16873, Nenn-Außendurchmesser 125 mm, Wanddicke 2,5 mm, mit Steckmuffe und Dichtring, einschl. Lieferung, offen verlegen.						
<hr/>						
01.02.0002	Gummischlauchleitung H07RN-F 5G95 vorh.Rohr/Unterflurkanal	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	12,00	m pro 1,00 m
STLB-Bau 2025-10 053 5389 Gummischlauchleitung DIN EN 50525-2-21 (VDE 0285-525-2-21) H07RN-F 5 G 95, Cu-Zahl 4560, in vorh. Rohre/Unterflurkanäle.						

01.02.0003	Gummischlauchleitung H07RN-F 5G95 Befestigung AP	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	10,00	m pro 1,00 m

STLB-Bau 2025-10 053 5389
Gummischlauchleitung DIN EN 50525-2-21 (VDE 0285-525-2-21)
H07RN-F 5 G 95, Cu-Zahl 4560, mit Befestigung gemäß
bauaufsichtlicher Zulassung.

01.02.0004	Gummischlauchleitung H07RN-F 5G16 Boden/ Gelände	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	36,00	m pro 1,00 m

Gummischlauchleitung DIN EN 50525-2-21 (VDE 0285-525-2-21)
H07RN-F 5 G 16, Cu-Zahl 768, auf Boden/ Gelände, gesichert.

01.02.0005	Gummischlauchleitung H07RN-F 5G16 Befestigung AP	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	248,00	m pro 1,00 m

STLB-Bau 2025-10 053 5389
Gummischlauchleitung DIN EN 50525-2-21 (VDE 0285-525-2-21)
H07RN-F 5 G 16, Cu-Zahl 768, mit Befestigung gemäß
bauaufsichtlicher Zulassung.

01.02.0006	Gummischlauchleitung H07RN-F 3G2,5 AP	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	148,00	m pro 1,00 m

STLB-Bau 2025-10 053 5389

Gummischlauchleitung DIN EN 50525-2-21 (VDE 0285-525-2-21)
H07RN-F 3 G 2,5, Cu-Zahl 72, mit Befestigung gemäß
bauaufsichtlicher Zulassung.

01.02.0007	Gummischlauchleitung H07RN-F 5G95 anschließen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	4,00	St pro 1,00 St

STLB-Bau 2020-10 053 5389
Gummischlauchleitung DIN EN 50525-2-21 (VDE 0285-525-2-21)
H07RN-F 5 G 95, Cu-Zahl 4560, nur anschließen an beigestellte
Betriebsmittel, einschl. Verbindungsmittel.

01.02.0008	Gummischlauchleitung H07RN-F 5G16 nur anschließen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	8,00	St pro 1,00 St

STLB-Bau 2025-10 053 5389
Gummischlauchleitung DIN EN 50525-2-21 (VDE 0285-525-2-21)
H07RN-F 5 G 16, Cu-Zahl 768, nur anschließen an beigestellte
Betriebsmittel, einschl. Verbindungsmittel.

01.03	Installationsgeräte	EUR				
--------------	----------------------------	------------------	--	--	--	--

01.03.0001	Wippschalter einpolig Aus/Wechsel 10A 250V grau AP, IP44, Kontr.	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	4,00	St pro 1,00 St

STLB-Bau 2025-10 053 3267
Wippschalter DIN EN 60669-1 (VDE 0632-1) einpolig, Aus/Wechsel,

10 A, 250 V AC, Farbton grau, RAL 7035, in Aufputzausführung, mit Beschriftungsfeld, mit Orientierungslampe, Schutzart IP 44 DIN EN 60529 (VDE 0470-1), Einsatz mit Schrauben befestigen.

01.04	Potentialausgleich	EUR				
01.04.0001	Erdung Staberder, Stahl verz, Durchm. 20mm	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	m pro 1,00 m
STLB-Bau 2025-10 050 1959 Erdung als Staberder, DIN EN 62305-3 (VDE 0185-305-3), DIN EN IEC 62561-2 (VDE 0185-561-2), einteilig, aus feuerverzinktem Stahl, außerhalb von Gebäuden, Durchmesser 20 mm.						
<hr/>						
01.04.0002	Gummischlauchleitung H07RN-F 1x16 AP	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	18,00	m pro 1,00 m
STLB-Bau 2025-10 053 5389 Gummischlauchleitung DIN EN 50525-2-21 (VDE 0285-525-2-21) H07RN-F 1 x 16, Cu-Zahl 154, mit Befestigung gemäß bauaufsichtlicher Zulassung.						
<hr/>						
01.04.0003	Kunststoffaderleitung H07V-K 1x16 nur anschließen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	2,00	St pro 1,00 St
STLB-Bau 2025-10 053 5388 Kunststoffaderleitung DIN EN 50525-2-31 (VDE 0285-525-2-31), H07V-K 1 x 16, Cu-Zahl 154, nur anschließen an beige stellte						

01.05

Baubeleuchtung

EUR

2 Ausführungsbeschreibung

Für die Lichtbändern/ Steuerungen ist ein einheitliches Fabrikat einzusetzen.

Systembeschreibung

Baustellenbeleuchtung mit Sicherheitslicht, das LED-Lichtsystem mit integriertem Sicherheitslicht erfüllt die Technischen Regeln für Arbeitsstätten ASR A3.4 Pkt. 8 und ASR A2.3 Pkt. 8 für Baustellenbeleuchtungen sowie ASR A3.4/7 Pkt. 4 für Sicherheitsbeleuchtungen, Hauptkomponenten des Systems sind ein LED-Lichtband mit integriertem Sicherheitslicht und eine Lichtsteuerung, Die Lichtbänder basieren auf dem neuesten Stand der LED-Lichttechnik und sind silikonfrei, alle Komponenten erfüllen die CE-, REACH- und RoHS-Richtlinien, das Lichtbandsystem ist flexibel und modular erweiterbar, Plug-&-Play-LED-Lichtbandsysteme, der Anschluss der Lichtsteuerung erfolgt einfach mittels Schutzkontaktsteckers an das vorhandene Versorgungsnetz.

Das LED-Lichtband wird mit einem verriegelbaren Systemstecker an die Lichtsteuerung angeschlossen, die Lichtsteuerung überwacht laufend die Stromversorgung des Hauptlichts und schaltet bei Stromausfall direkt auf das Sicherheitslicht um.

LED-Lichtband mit integriertem Sicherheitslicht

- 108 Hochleistungs-LEDs pro Meter für das Hauptlicht
- 12 Hochleistungs-LEDs pro Meter für das Sicherheitslicht
- Getrübtes, silikonfreies Mantelmaterial zur Verringerung der direkten Blendung
- Schutzart IP65, Schutz gegen allseitiges Strahlwasser
- Montagematerial beiliegend
- Lichtfarbe 5000 K (ähnlich Tageslicht)
- Abstrahlwinkel der Beleuchtung > 160 °
- Vertikale Beleuchtung (1 m-Abstand) Hauptlicht > 250 lx, Sicherheitslicht > 30 lx
- 5 m LED-Anschlussleitung
- Systemstecker verriegelbar mit Schutzkappe
- 24/7-Dauerbetrieb möglich, ein zeitweises Abschalten des Lichtbandes zur Abkühlung ist nicht notwendig
- Maximale Lichtbandlänge (Systemlänge) 75 m
- Eingangsspannung Haupt- / Sicherheitslicht 230- 240V VDC/

- 24 VDC
 - Abstrahlwinkel der Beleuchtung > 160 °
 Lebensdauer (mttf) bei TUm = 25 °C ca. 50.000 h
 - Leistungsaufnahme Haupt- / Sicherheitslicht < 8W/0,8W
 pro Meter
 - Abmessungen (Breite x Höhe) ca. 22x9mm
 - Gewicht < 210 g pro
 Meter
 - Schutzart / Schutzklasse IP65 / 2

liefern und mit a.P.-Halteklammern/Schellen verlegen. Bei den nachfolgenden Positionen wird lediglich die Länge des LED- Bandes angeben. Diese sind in angegebenen Längen kpl. vor- konfektioniert mit Anschlusskabel bis 5,50 m und systemge- bundenem Zubehör wie Muffen, Klemmen, Schrumpfschläuche und Verbinder/ Steckern zu liefern und betriebsfertig zu mon- tieren und an einer Steckdose einstecken. Gekürzte Bänder sind an den Schnittkanten mit Endkappen abzuschließen.

01.05.0001	LED-Lichtband, 8/0,8W, 230/ 24V 5m	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	3,00	St pro 1,00 St

LED-Lichtband Beleuchtungssystem, 2-in-1-Beleuchtungs lö- sung mit integriertem Sicherheitslicht für Baustellenbeleuch- tungen sowie ASR A3.4/7 Pkt. 4 für Sicherheitsbeleuchtungen, kpl. mit systemgebundenem Zusatz- und Befestigungsmate- rial, liefern und auf Montageklammern a.P. montieren und anschließen IP65

in Teillänge 5,00 m

01.05.0002	LED-Lichtband, 8/0,8W, 230/ 24V 20m	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	3,00	St pro 1,00 St

LED-Lichtband Beleuchtungssystem, 2-in-1-Beleuchtungs lö- sung mit integriertem Sicherheitslicht für Baustellenbeleuch- tungen sowie ASR A3.4/7 Pkt. 4 für Sicherheitsbeleuchtungen, kpl. mit systemgebundenem Zusatz- und Befestigungsmate- rial, liefern und auf Montageklammern a.P. montieren und anschließen IP65

in Teillänge 20,00 m

01.05.0003	LED-Lichtband, 8/0,8W, 230/ 24V 35m	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	2,00	St pro 1,00 St

LED-Lichtband Beleuchtungssystem, 2-in-1-Beleuchtungs lö- sung mit integriertem Sicherheitslicht für Baustellenbeleuch- tungen sowie ASR A3.4/7 Pkt. 4 für Sicherheitsbeleuchtungen, kpl. mit systemgebundenem Zusatz- und Befestigungsmate- rial, liefern und auf Montageklammern a.P. montieren und anschließen IP65

in Teillänge 35,00 m

01.05.0004	LED-Lichtband, 8/0,8W, 230/ 24V 40m	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	2,00	St pro 1,00 St

LED-Lichtband Beleuchtungssystem, 2-in-1-Beleuchtungs lö- sung mit integriertem Sicherheitslicht für Baustellenbeleuch- tungen sowie ASR A3.4/7 Pkt. 4 für Sicherheitsbeleuchtungen, kpl. mit systemgebundenem Zusatz- und Befestigungsmate- rial, liefern und auf Montageklammern a.P. montieren und anschließen IP65

in Teillänge 40,00 m

01.05.0005	LED-Lichtband, 8/0,8W, 230/ 24V 50m	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	St pro 1,00 St

LED-Lichtband Beleuchtungssystem, 2-in-1-Beleuchtungs lö- sung mit integriertem Sicherheitslicht für Baustellenbeleuch- tungen sowie ASR A3.4/7 Pkt. 4 für Sicherheitsbeleuchtungen, kpl. mit systemgebundenem Zusatz- und Befestigungsmate- rial, liefern und auf Montageklammern a.P. montieren und anschließen IP65

in Teillänge 50,00 m

01.05.0006	LED-Lichtband, 8/0,8W, 230/ 24V 55m	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	St pro 1,00 St

LED-Lichtband Beleuchtungssystem, 2-in-1-Beleuchtungs lö- sung mit integriertem Sicherheitslicht für Baustellenbeleuch- tungen sowie ASR A3.4/7 Pkt. 4 für Sicherheitsbeleuchtungen, kpl. mit systemgebundenem Zusatz- und Befestigungsmate- rial, liefern und auf Montageklammern a.P. montieren und anschließen IP65

in Teillänge 55,00 m

01.05.0007	LED-Lichtband, 8/0,8W, 230/ 24V 60m	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	St pro 1,00 St

LED-Lichtband Beleuchtungssystem, 2-in-1-Beleuchtungs lö- sung mit integriertem Sicherheitslicht für Baustellenbeleuch- tungen sowie ASR A3.4/7 Pkt. 4 für Sicherheitsbeleuchtungen, kpl. mit systemgebundenem Zusatz- und Befestigungsmate- rial, liefern und auf Montageklammern a.P. montieren und anschließen IP65

in Teillänge 60,00 m

01.05.0008	LED-Lichtband, 8/0,8W, 230/ 24V 70m	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	St pro 1,00 St

LED-Lichtband Beleuchtungssystem, 2-in-1-Beleuchtungs lö- sung mit integriertem Sicherheitslicht für Baustellenbeleuch- tungen sowie ASR A3.4/7 Pkt. 4 für Sicherheitsbeleuchtungen, kpl. mit systemgebundenem Zusatz- und Befestigungsmate- rial, liefern und auf Montageklammern a.P. montieren und anschließen IP65

in Teillänge 70,00 m

01.05.0009	Abzweigdose, Verteiler	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	3,00	St pro 1,00 St

Abzweigdose, Verteiler, Verstärktes Gehäuse, Schutzart IP65, Schutz gegen allseitiges Strahlwasser, 0,30 m Anschlussleitung mit Systemstecker, 2 Buchsen für Systemstecker, Stecker und Buchsen verriegelbar mit Schutzkappen

01.05.0010	Lichtsteuerung mit Notlichtfunktion 2x75W, 1h	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	4,00	St pro 1,00 St

Lichtsteuerung für LED-Beleuchtungssystem, System mit 2-in-1- Beleuchtungslösung mit integriertem Sicherheitslicht, entspricht den Technischen Regeln für Arbeitsstätten (ASR A3.4 Pkt. 8 und ASR A2.3 Pkt. 8) für Baustellenbeleuch- tun gen sowie ASR A3.4/7 Pkt. 4 für Sicherheitsbeleuchtungen, Plug-and-Play-System, Industrie-Produkt in robustem Metallge- häuse, austauschbare Blei-Akkus für Notlichtbetrieb (wartungs- frei), Standardkonfiguration: bis zu 2 x 75m LED120 plus-Lichtband, mit 5 Meter Gummizuleitung mit Schuko-Stecker, kpl. mit Steuereinheit und Akku-Modulen

01.06		Sonstiges/ Übergeordnete Aufgaben und Anlagen			EUR	
01.06.0001	Wiederholungsprüfung nach VBG 4, HV-BS	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	30,00	Stk pro 1,00 Stk
Wiederholungsprüfung nach VBG 4 Monatliche Kostenpauschale für Prüfungen der Baustromanlage unter Berücksichtigung von DIN VDE 0100 Teil 610, DIN VDE 0105 Teil 1 und UVV - VBG 4. Umfang: HV-BS						
<hr/>						
01.06.0002	Wiederholungsprüfung nach VBG 4, UV-BS	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	120,00	Stk pro 1,00 Stk
Wiederholungsprüfung nach VBG 4 Monatliche Kostenpauschale für Prüfungen der Baustromanlage unter Berücksichtigung von DIN VDE 0100 Teil 610, DIN VDE 0105 Teil 1 und UVV - VBG 4. Umfang: 1 x UV-BS						
<hr/>						
01.06.0003	Baustromunterverteiler hochsetzen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	6,00	St pro 1,00 St
Baustromunterverteiler im Zuge des Bauvorschritts, innerhalb der Baustelle hochsetzen (Estrich/ Bodenarbeiten, Leistungs- umfang): - Lösen der Abgangskabel - Lösen der Steckverbinung (Einspeisung) - Befestigung an Wand mittels geeignetem						

Befestigungsmaterial
 - Anschluss des Verteilers mittels vorhandener Zuleitung/
 Steckverbindung)
 - Wiederherstellung des Ursprungsversorgung nach
 Abschluss der Estrich/ Bodenarbeiten

01.06.0004	Versetzen eines LED-Lichtbandes	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Pos. 5.1.1-5.1.8 je m					
		19%	368,00	m pro 1,00 m

Bereits montiertes LED-Lichtband im Zuge des Bauvorschritts demontieren und nach Angaben der Bauleitung innerhalb der Baustelle wieder in Betrieb nehmen.

01.06.0005	C-Profilschiene B 35mm H 18mm	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	ungel. Stahl verz					
		19%	12,00	m pro 1,00 m

STLB-Bau 2025-10 053 3278
 C-Profilschiene, Breite 35 mm, Höhe 18 mm, ungelocht, aus feuerverzinktem Stahl DIN EN ISO 1461, Dicke 1,5 mm, Schlitzbreite 17 mm, an Stahlkonstruktion befestigen, Einbau im Innenbereich, Arbeitshöhe des Montageortes bis 3,5 m über der Standfläche des hierfür erforderlichen Gerüsts, Gerüst wird beigestellt/ist vorh., Ausführung gemäß Einzelbeschreibung.

01.06.0006	Freischaltung 1 Stromkreis	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	St pro 1,00 St

Freischaltung 1 Stromkreis, angesetzte Arbeitszeit 0,25 Std.

01.06.0007	Dokumentation der DGNB- und QNG-Zertifizierung	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	St pro 1,00 St

Dokumentation der DGNB- und QNG-Zertifizierung anhand der Anforderungen aus den Vorbemerkungen 4 ZTV DGNB- und QNG-Zertifizierung

02	KG 491 Baustrom Neubau Ost KJHZ	EUR
02.01	Messung/ Verteilungen	EUR

02.01.0001	Anschlussverteilerschrank Zähler/ Messung 160A, IP44	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	St pro 1,00 St

STLB-Bau 2025-10 054 8148
Baustromverteiler DIN EN 61439-4 (VDE 0660-600-4), als Anschlussverteilerschrank, Bedienung durch elektrotechnischen Laien, mit Berührungsschutzabdeckung DIN EN 50274 (VDE 0660-514), Zählerplatz nach den technischen Anschlussbedingungen des zuständigen EVU, Anzahl der Zählerfelder '1' St, Wandlerplatz nach den technischen Anschlussbedingungen des zuständigen EVU, Gehäuse aus verzinktem Stahl, pulverbeschichtet, Schutzklasse I, Bemessungsstrom I Index nA tiefgestellt '160' A, Bemessungsbetriebsspannung 230/400 V AC, Bemessungsbelastungsfaktor '0.8', Freiluftaufstellung ungeschützt, Schutzart IP 44 DIN EN 60529 (VDE 0470-1), Schutzart IK10 DIN EN 62262 (VDE 0470-100), min. Umgebungstemperatur '-25' Grad C, max. Umgebungstemperatur '40' Grad C, max. Umgebungstemperatur täglicher Mittelwert '35' Grad C, max. relative Luftfeuchte bei einer Temperatur von 40 Grad C '50' %, Verschmutzungsgrad 3 (schwer) DIN EN 61010-1 (VDE 0411-1), Höhe über NN '1.5' m, EMV-Umgebung B Wohnbereiche, geschlossene Bauform, Anlage ortsveränderbar, Standmontage,

einschl. Rohrgestell, aufbauen und abbauen, Bestückung mit nachstehender Stromkreisausrüstung.

02.01.0002	Baustrom-Gruppenschrank bis 160 A HV-BV	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	St pro 1,00 St

Baustromverteiler Verteiler mit Schuko-/CEE-Abgängen, Gehäuse aus Stahlblech verzinkt, Pulverbeschichtung RAL 2000 (gelborange), Bodengestell feuerverzinkt, Tür mit selbstschließendem Fallriegel (VA), abschl. durch Vorhängeschloss, Kranschenkel schwenkbar, alle Einbauten Schutzisoliert, Tragegriffe nach DIN EN 61439-1 und 4 (VDE 0660-600-4), "Niederspannungs-Schaltgerätekombinationen - Teil 4 Besondere Anforderungen an Baustromverteiler" (IEC 61439-4: 2013, als besonderer Speisepunkt nach DIN VDE 0100 Teil 704 zum Anschluss von Wechsel- und Drehstromverbrauchern auf Baustellen, IP44

Eingang/ Klemmen bis max.: 5x95 qmm
Zuleitung: L1, L2, L3, N + PE
Eingangsseitig Lasttrennschalter 160A, 3-pol.
NH-Sicherung Gr. 1, 250A, 3-pol.

Abgänge/ Bestückung

1 x NH00, 3-pol. 125A, 1 x FI 125/0,5A, Typ-B, 4-pol., 1 x CEE 125A/400V 5-polig
8 x D02, 63A, 3-polig
3 x FI 63/0,5A Typ-B, 4 x CEE 63A/400V 5-polig,
1 x FI 63/0,03A, Typ-B, 1 x LSS C/16A/ 3-polig,
1 x LSS C/32A/3-polig, 1 x CEE 16A/400V 5-polig,
1 x CEE 32A/400V 5-polig

02.01.0003	Baustrom-Endverteiler 5x63A, UV-BS	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	4,00	St pro 1,00 St

Baustromverteiler mit Schuko-/CEE-Abgängen, Gehäuse aus Stahlblech verzinkt, Pulverbeschichtung RAL 2000 (gelborange), Bodengestell feuerverzinkt, Tür mit selbstschliessendem Fallriegel (VA), abschliessbar durch Vorhängeschloss, Kranösen schwenkbar, alle Einbauten Schutzisoliert, Tragegriffe nach DIN EN 61439-1 und 4 (VDE 0660-600-4), "Niederspannung-Schaltgerätekombinationen - Teil 4 Besondere Anforderungen an Baustromverteiler" (IEC 61439-4: 2013, als besonderer Speisepunkt nach DIN VDE 0100 Teil 704 zum Anschluss von Wechsel- und Drehstromverbrauchern auf Baustellen, IP44

Abgänge/ Bestückung:

1 x CEE-Gerätestecker 5/63 A 400 V/6 h
 1 x FI-Schutzschalter 4pol. 63/0,03A,
 1 x CEE-Steckdosen 5/32 A 400 V/6 h mit je 1 Leitungsschutzschalter 3/32 A -C-,
 2 x CEE-Steckdosen 5/16 A 400 V/6 h mit je 1 Leitungsschutzschalter 3/16 A -C-,
 2 x FI-Schutzschalter 4pol. 40/0,03A, 12 Schutzkontaktsteckdosen 2/16 A 230 V mit je 1 Leitungsschutzschalter 1/16 A -C-

02.02 Rohre/ Kabel und Leitungen/ Anschlüsse

EUR

3 Leerrohrsysteme

Leerrohrsysteme

02.02.0001 Kabelschutzrohr PVC-U AD 125mm WD 2,5mm

USt. [%]
19%

Menge
10,00

Einheit
m

Einzelpreis [EUR]
.....
pro 1,00 m

Gesamtpreis [EUR]
.....

STLB-Bau 2025-10 051 1208
 Kabelschutzrohr aus PVC-U DIN 8061, Maße DIN 16873,
 Nenn-Außendurchmesser 125 mm, Wanddicke 2,5 mm, mit
 Steckmuffe und Dichtring, einschl. Lieferung, offen verlegen.

02.02.0002	Gummischlauchleitung H07RN-F 5G95 vorh.Rohr/Unterflurkanal	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	12,00	m pro 1,00 m
STLB-Bau 2025-10 053 5389 Gummischlauchleitung DIN EN 50525-2-21 (VDE 0285-525-2-21) H07RN-F 5 G 95, Cu-Zahl 4560, in vorh. Rohre/Unterflurkanäle.						
<hr/>						
02.02.0003	Gummischlauchleitung H07RN-F 5G95 Befestigung AP	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	10,00	m pro 1,00 m
STLB-Bau 2025-10 053 5389 Gummischlauchleitung DIN EN 50525-2-21 (VDE 0285-525-2-21) H07RN-F 5 G 95, Cu-Zahl 4560, mit Befestigung gemäß bauaufsichtlicher Zulassung.						
<hr/>						
02.02.0004	Gummischlauchleitung H07RN-F 5G16 Boden/ Gelände	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	42,00	m pro 1,00 m
Gummischlauchleitung DIN EN 50525-2-21 (VDE 0285-525-2-21) H07RN-F 5 G 16, Cu-Zahl 768, auf Boden/ Gelände, gesichert.						

02.02.0005	Gummischlauchleitung H07RN-F 5G16 Befestigung AP	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	156,00	m pro 1,00 m
STLB-Bau 2025-10 053 5389 Gummischlauchleitung DIN EN 50525-2-21 (VDE 0285-525-2-21) H07RN-F 5 G 16, Cu-Zahl 768, mit Befestigung gemäß bauaufsichtlicher Zulassung.						

02.02.0006	Gummischlauchleitung H07RN-F 3G2,5 AP	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	124,00	m pro 1,00 m
STLB-Bau 2025-10 053 5389 Gummischlauchleitung DIN EN 50525-2-21 (VDE 0285-525-2-21) H07RN-F 3 G 2,5, Cu-Zahl 72, mit Befestigung gemäß bauaufsichtlicher Zulassung.						

02.02.0007	Gummischlauchleitung H07RN-F 5G95 nur anschließen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	4,00	St pro 1,00 St
STLB-Bau 2025-10 053 5389 Gummischlauchleitung DIN EN 50525-2-21 (VDE 0285-525-2-21) H07RN-F 5 G 95, Cu-Zahl 4560, nur anschließen an beigestellte Betriebsmittel, einschl. Verbindungsmittel.						

02.02.0008	Gummischlauchleitung H07RN-F 5G16 nur anschließen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	8,00	St pro 1,00 St

STLB-Bau 2025-10 053 5389
Gummischlauchleitung DIN EN 50525-2-21 (VDE 0285-525-2-21)
H07RN-F 5 G 16, Cu-Zahl 768, nur anschließen an beigestellte Betriebsmittel, einschl. Verbindungsmittel.

02.03	Installationsgeräte	EUR
--------------	----------------------------	------------------

02.03.0001	Wippschalter einpolig Aus/Wechsel 10A 250V grau AP, IP44, Kontr.	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	4,00	St pro 1,00 St

STLB-Bau 2025-10 053 3267
Wippschalter DIN EN 60669-1 (VDE 0632-1) einpolig, Aus/Wechsel, 10 A, 250 V AC, Farbton grau, RAL 7035, in Aufputzausführung, mit Beschriftungsfeld, mit Orientierungslampe, Schutzart IP 44 DIN EN 60529 (VDE 0470-1), Einsatz mit Schrauben befestigen.

02.04	Potentialausgleich	EUR
--------------	---------------------------	------------------

02.04.0001	Erdung Staberder, Stahl verz, Durchm. 20mm	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	m pro 1,00 m

STLB-Bau 2025-10 050 1959
Erdung als Staberder, DIN EN 62305-3 (VDE 0185-305-3), DIN EN IEC 62561-2 (VDE 0185-561-2), einteilig, aus feuerverzinktem Stahl, außerhalb von Gebäuden, Durchmesser 20 mm.

02.04.0002	Gummischlauchleitung H07RN-F 1x16 AP	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	12,00	m pro 1,00 m
	STLB-Bau 2025-10 053 5389 Gummischlauchleitung DIN EN 50525-2-21 (VDE 0285-525-2-21) H07RN-F 1 x 16, Cu-Zahl 154, mit Befestigung gemäß bauaufsichtlicher Zulassung.					

02.04.0003	Kunststoffaderleitung H07V-K 1x16 nur anschließen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	2,00	St pro 1,00 St
	STLB-Bau 2025-10 053 5388 Kunststoffaderleitung DIN EN 50525-2-31 (VDE 0285-525-2-31), H07V-K 1 x 16, Cu-Zahl 154, nur anschließen an beige stellte Betriebsmittel, einschl. Verbindungsmittel.					

02.05	Baubeleuchtung	EUR
--------------	-----------------------	------------------

4 Ausführungsbeschreibung

Für die Lichtbändern/ Steuerungen ist ein einheitliches Fabrikat einzusetzen.

Systembeschreibung
 Baustellenbeleuchtung mit Sicherheitslicht, das LED-Lichtsys- tem mit integriertem Sicherheitslicht erfüllt die Technischen Re- geln für Arbeitsstätten ASR A3.4 Pkt. 8 und ASR A2.3 Pkt. 8 für Baustellenbeleuchtungen sowie ASR A3.4/7 Pkt. 4 für Sicher- heitsbeleuchtungen, Hauptkomponenten des Systems sind ein LED-Lichtband mit integriertem Sicherheitslicht und eine Licht- steuerung, Die Lichtbänder basieren auf dem neuesten Stand der LED-Lichttechnik und sind silikonfrei, alle Komponenten erfüllen die CE-, REACH- und RoHS-Richtlinien, das Lichtbandsystem ist flexibel und modular erweiterbar, Plug-&- Play-LED-Lichtbandsysteme, der Anschluss der Lichtsteuerung

erfolgt einfach mittels Schutzkontaktsteckers an das vorhandene Versorgungsnetz.

Das LED-Lichtband wird mit einem verriegelbaren Systemstecker an die Lichtsteuerung angeschlossen, die Lichtsteuerung überwacht laufend die Stromversorgung des Hauptlichts und schaltet bei Stromausfall direkt auf das Sicherheitslicht um.

LED-Lichtband mit integriertem Sicherheitslicht

- 108 Hochleistungs-LEDs pro Meter für das Hauptlicht
- 12 Hochleistungs-LEDs pro Meter für das Sicherheitslicht
- Getrübtes, silikonfreies Mantelmaterial zur Verringerung der direkten Blendung
- Schutzart IP65, Schutz gegen allseitiges Strahlwasser
- Montagematerial beiliegend
- Lichtfarbe 5000 K (ähnlich Tageslicht)
- Abstrahlwinkel der Beleuchtung > 160 °
- Vertikale Beleuchtung (1 m-Abstand) Hauptlicht > 250 lx, Sicherheitslicht > 30 lx
- 5 m LED-Anschlussleitung
- Systemstecker verriegelbar mit Schutzkappe
- 24/7-Dauerbetrieb möglich, ein zeitweises Abschalten des Lichtbandes zur Abkühlung ist nicht notwendig
- Maximale Lichtbandlänge (Systemlänge) 75 m
- Eingangsspannung Haupt- / Sicherheitslicht 230- 240V VDC/ 24 VDC
- Abstrahlwinkel der Beleuchtung > 160 °
- Lebensdauer (mttf) bei T_{Um} = 25 °C ca. 50.000 h
- Leistungsaufnahme Haupt- / Sicherheitslicht < 8W/0,8W pro Meter
- Abmessungen (Breite x Höhe) ca. 22x9mm
- Gewicht < 210 g pro Meter
- Schutzart / Schutzklasse IP65 / 2

liefern und mit a.P.-Halteklammern/Schellen verlegen. Bei den nachfolgenden Positionen wird lediglich die Länge des LED-Bandes angegeben. Diese sind in angegebenen Längen kpl. vor-konfektioniert mit Anschlusskabel bis 5,50 m und systemgebundenem Zubehör wie Muffen, Klemmen, Schrumpfschläuche und Verbinder/ Steckern zu liefern und betriebsfertig zu montieren und an einer Steckdose einstecken. Gekürzte Bänder sind an den Schnittkanten mit Endkappen abzuschließen.

02.05.0001	LED-Lichtband, 8/0,8W, 230/ 24V 10m	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	St pro 1,00 St

LED-Lichtband Beleuchtungssystem, 2-in-1-Beleuchtungs lö- sung mit integriertem Sicherheitslicht für Baustellenbeleuch- tungen sowie ASR A3.4/7 Pkt. 4 für Sicherheitsbeleuchtungen, kpl. mit systemgebundenem Zusatz- und Befestigungsmate- rial, liefern und auf Montageklammern a.P. montieren und anschließen IP65

in Teillänge 10,00 m

02.05.0002	LED-Lichtband, 8/0,8W, 230/ 24V 25m	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	3,00	St pro 1,00 St

LED-Lichtband Beleuchtungssystem, 2-in-1-Beleuchtungs lö- sung mit integriertem Sicherheitslicht für Baustellenbeleuch- tungen sowie ASR A3.4/7 Pkt. 4 für Sicherheitsbeleuchtungen, kpl. mit systemgebundenem Zusatz- und Befestigungsmate- rial, liefern und auf Montageklammern a.P. montieren und anschließen IP65

in Teillänge 25,00 m

02.05.0003	LED-Lichtband, 8/0,8W, 230/ 24V 30m	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	3,00	St pro 1,00 St

LED-Lichtband Beleuchtungssystem, 2-in-1-Beleuchtungs lö- sung mit integriertem Sicherheitslicht für Baustellenbeleuch- tungen sowie ASR A3.4/7 Pkt. 4 für Sicherheitsbeleuchtungen, kpl. mit systemgebundenem Zusatz- und Befestigungsmate- rial, liefern und auf Montageklammern a.P. montieren und anschließen IP65

in Teillänge 30,00 m

02.05.0004	LED-Lichtband, 8/0,8W, 230/ 24V 35m	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	St pro 1,00 St
		<p>LED-Lichtband Beleuchtungssystem, 2-in-1-Beleuchtungs lö- sung mit integriertem Sicherheitslicht für Baustellenbeleuch- tungen sowie ASR A3.4/7 Pkt. 4 für Sicherheitsbeleuchtungen, kpl. mit systemgebundenem Zusatz- und Befestigungsmate- rial, liefern und auf Montageklammern a.P. montieren und anschließen IP65</p> <p>in Teillänge 35,00 m</p>				
02.05.0005	LED-Lichtband, 8/0,8W, 230/ 24V 40m	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	2,00	St pro 1,00 St
		<p>LED-Lichtband Beleuchtungssystem, 2-in-1-Beleuchtungs lö- sung mit integriertem Sicherheitslicht für Baustellenbeleuch- tungen sowie ASR A3.4/7 Pkt. 4 für Sicherheitsbeleuchtungen, kpl. mit systemgebundenem Zusatz- und Befestigungsmate- rial, liefern und auf Montageklammern a.P. montieren und anschließen IP65</p> <p>in Teillänge 40,00 m</p>				
02.05.0006	Abzweigdose, Verteiler	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	5,00	St pro 1,00 St
		<p>Abzweigdose, Verteiler, Verstärktes Gehäuse, Schutzart IP65, Schutz gegen allseitiges Strahlwasser, 0,30 m Anschlussleitung mit Systemstecker, 2 Buchsen für Systemstecker, Stecker und Buchsen verriegelbar mit Schutzkappen</p>				

02.05.0007	Lichtsteuerung mit Notlichtfunktion 2x75W, 1h	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	3,00	St pro 1,00 St
	Lichtsteuerung für LED-Beleuchtungssystem, System mit 2-in-1- Beleuchtungslösung mit integriertem Sicherheitslicht, entspricht den Technischen Regeln für Arbeitsstätten (ASR A3.4 Pkt. 8 und ASR A2.3 Pkt. 8) für Baustellenbeleuch- tun gen sowie ASR A3.4/7 Pkt. 4 für Sicherheitsbeleuchtungen, Plug-and-Play-System, Industrie-Produkt in robustem Metallge- häuse, austauschbare Blei-Akkus für Notlichtbetrieb (wartungs- frei), Standardkonfiguration: bis zu 2 x 75m LED120 plus-Lichtband, mit 5 Meter Gummizuleitung mit Schuko-Stecker, kpl. mit Steuereinheit und Akku-Modulen					

02.06	Sonstiges/ Übergeordnete Aufgaben und Anlagen	EUR
--------------	--	------------------

02.06.0001	Wiederholungsprüfung nach VBG 4, HV-BS	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	30,00	Stk pro 1,00 Stk
	Wiederholungsprüfung nach VBG 4 Monatliche Kostenpauschale für Prüfungen der Baustromanlage unter Berücksichtigung von DIN VDE 0100 Teil 610, DIN VDE 0105 Teil 1 und UVV - VBG 4. Umfang: HV-BS					

02.06.0002	Wiederholungsprüfung nach VBG 4, UV-BS	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	120,00	Stk pro 1,00 Stk

Wiederholungsprüfung nach VBG 4

Monatliche Kostenpauschale für Prüfungen der Baustromanlage
unter Berücksichtigung von DIN VDE 0100 Teil 610,
DIN VDE 0105 Teil 1 und UVV - VBG 4.
Umfang: 1 x UV-BS

02.06.0003	Baustromunterverteiler hochsetzen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	4,00	St pro 1,00 St
<p>Baustromunterverteiler im Zuge des Bauvorschritts, innerhalb der Baustelle hochsetzen (Estrich/ Bodenarbeiten, Leistungs- umfang):</p> <ul style="list-style-type: none">- Lösen der Abgangskabel- Lösen der Steckverbinung (Einspeisung)- Befestigung an Wand mittels geeignetem Befestigungsmaterial- Anschluss des Verteilers mittels vorhandener Zuleitung/ Steckverbindung)- Wiederherstellung des Ursprungsversorgung nach Abschluss der Estrich/ Bodenarbeiten						

02.06.0004	Versetzen eines LED-Lichtbandes Pos. 5.1.1-5.1.8 je m	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	232,00	m pro 1,00 m
<p>Bereits montiertes LED-Lichtband im Zuge des Bauvorschritts demontieren und nach Angaben der Bauleitung innerhalb der Baustelle wieder in Betrieb nehmen.</p>						

02.06.0005	C-Profilschiene B 35mm H 18mm ungel. Stahl verz	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	10,00	m pro 1,00 m

STLB-Bau 2025-10 053 3278
C-Profilschiene, Breite 35 mm, Höhe 18 mm, ungelocht, aus feuerverzinktem Stahl DIN EN ISO 1461, Dicke 1,5 mm, Schlitzbreite 17 mm, an Stahlkonstruktion befestigen, Einbau im Innenbereich, Arbeitshöhe des Montageortes bis 3,5 m über der Standfläche des hierfür erforderlichen Gerüsts, Gerüst wird beigestellt/ist vorh., Ausführung gemäß Einzelbeschreibung.

02.06.0006	Freischaltung 1 Stromkreis	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	St pro 1,00 St

Freischaltung 1 Stromkreis, angesetzte Arbeitszeit 0,25 Std.

02.06.0007	Dokumentation der DGNB- und QNG-Zertifizierung	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	St pro 1,00 St

Dokumentation der DGNB- und QNG-Zertifizierung anhand der Anforderungen aus den Vorbemerkungen 4 ZTV DGNB- und QNG-Zertifizierung

ANGEBOTSSUMME(N)

Summe exkl. Nachlass
(netto)

Nachlass
(netto)

Summe inkl. Nachlass
(netto)

Umsatzsteuer

**Summe
(brutto)**

Ausschreibung

Verfahren: 2026001596 - Reutersbrunnenstr. 34, Neubau KJND und KJHZ, Baustrom und Baubeleuchtung

AUFLISTUNG ALLER DATEIANLAGEN ZU DEN POSITIONEN

Name	Dateiname	Größe	MIME-Type
------	-----------	-------	-----------

Ausschreibung

Verfahren: 2026001596 - Reutersbrunnenstr. 34, Neubau KJND und KJHZ, Baustrom und Baubeleuchtung

EIGNUNGSKRITERIEN

1 Eignungskriterien VOB/A-EU Stadt Nürnberg

Gewichtung: 0,00%

1.1 Präqualifizierung

Ich bin/Wir sind im Präqualifikationsverzeichnis registriert. Bitte tragen Sie Ihre PQ-Nummer ein. Weitere Angaben zur Eignung sind neben der Eintragung der PQ-Nummer nicht notwendig.

Hinweis: Bei den nachfolgenden Muss-Angaben zur Eignung bitte "PQ" eintragen bzw. das so gekennzeichnete Feld ankreuzen.

1.2 Abfrage KMU [Mussangabe]

Bitte geben Sie an, welche Unternehmensgröße auf Ihr Unternehmen gem. EU-Empfehlung 2003/361 zutrifft?

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Großunternehmen (0)
- ☐ Mittleres Unternehmen (0)
- ☐ Kleines Unternehmen (0)
- ☐ Kleinstunternehmen (0)

Nur eine Antwort wählbar

1.3 Angaben zum Umsatz des Unternehmens [Mussangabe]

Bitte tragen Sie den Umsatz des Unternehmens in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen ein.

Es sind 3 Werte einzutragen. (Im Falle der Präqualifizierung bitte "PQ" eintragen.)

1.4 Referenzen [Mussangabe]

Angaben zu Leistungen, die mit der zu vergebenen Leistung vergleichbar sind

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir in den letzten bis zu 5 Geschäftsjahren Leistungen erbracht habe(n), die mit der zu vergebenen Leistung vergleichbar sind.

Falls mein/unser Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir für 3 Referenzen je eine Referenzbescheinigung mit mindestens folgenden Angaben vorlegen:

Ansprechpartner; Art der ausgeführten Leistung; Auftragssumme; Ausführungszeitraum; stichwortartige Benennung des mit eigenem Personal ausgeführten maßgeblichen Leistungsumfanges einschl. Angabe der ausgeführten Mengen; Zahl der hierfür durchschnittlich eingesetzten Arbeitnehmer; stichwortartige Beschreibung der besonderen technischen und gerätespezifischen Anforderungen bzw. (bei Komplettleistung) Kurzbeschreibung der Baumaßnahme einschließlich eventueller Besonderheiten der Ausführung; Angabe zur Art der Baumaßnahme (Neubau, Umbau, Denkmal); Angabe zur vertraglichen Bindung (Hauptauftragnehmer, ARGE-Partner, Nachunternehmer); ggf. Angabe der Gewerke, die mit eigenem Leitungspersonal koordiniert wurden; Bestätigung des Auftraggebers über die vertragsgemäße Ausführung der Leistung.

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Entsprechende Referenzen sind vorhanden und eine Referenzbescheinigung wird nach Aufforderung vorgelegt. (0)
- ☐ PQ (0)

Nur eine Antwort wählbar

1.5 Eintragung in das Berufsregister [Mussangabe]

Bitte geben Sie an unter welcher Nummer (incl. HRA/HRB) und bei welchem Amtsgericht Sie im Berufsregister eingetragen sind, sofern eine Eintragung für Sie gesetzlich vorgesehen ist.

(Im Falle der Präqualifizierung bitte nur "PQ" eintragen.)

1.6 Angaben zu Arbeitskräften [Mussangabe]

Ich/Wir erkläre(n), dass mir/uns die für die Ausführung der Leistungen erforderlichen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.

Falls mein/unser Angebot in die engere Wahl gelangt, werde ich/werden wir die Zahl der in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte gegliedert nach Lohngruppen mit extra ausgewiesenem Leistungspersonal angeben.

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Ich/Wir erkläre(n), dass mir/uns die für die Ausführung der Leistungen erforderlichen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Ein Nachweis wird nach Aufforderung vorgelegt. (0)
- ☐ PQ (0)

Nur eine Antwort wählbar

1.7 Berufsgruppe [Mussangabe]

Wählen Sie die Zugehörigkeit zu einer Berufsgruppe aus.

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Handwerk (0)
- ☐ Industrie (0)
- ☐ Handel (0)
- ☐ Versorgungsunternehmen (0)
- ☐ Sonstiges (0)
- ☐ (0)

Nur eine Antwort wählbar

1.8 Vorlage von Unterlagen [Mussangabe]

Tragen Sie nachfolgend ein, welche Unterlagen vorgelegt/hochgeladen wurden:

- Gewerbeanmeldung
- Handelsregistrauszug (sofern ich/wir zur Eintragung verpflichtet bin/sind)
- Eintragung in der Handwerksrolle oder bei der Industrie- und Handelskammer

Falls Sie präqualifiziert sind, tragen Sie bitte PQ ein

1.9 Angabe zu Insolvenzverfahren und Liquidation [Mussangabe]

Ich/Wir erkläre(n), dass ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren weder beantragt noch eröffnet wurde, ein Antrag auf Eröffnung nicht mangels Masse abgelehnt wurde und sich mein/unser Unternehmen nicht in Liquidation befindet.

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Ja (0)
- ☐ Ein Insolvenzverfahren oder Liquidation besteht / ist beantragt. (0)

Nur eine Antwort wählbar

1.10 Angabe zu Ausschlussgründen [Mussangabe]

Ich erkläre/Wir erklären, dass für mein/unser Unternehmen keine schwere Verfehlung gemäß § 6a Abs. 2 Nr. 7 VOB/A vorliegt, die meine/unsere Zuverlässigkeit in Frage stellt.

Ich/Wir erkläre(n) insbesondere, dass ich/wir in den letzten zwei Jahren nicht

- gem. § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder
- gem. § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentsendegesetz oder
- gem. § 19 Abs. 1 Mindestlohngesetz

mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 EUR belegt worden bin/sind.

Ab einer Auftragssumme von 30.000 EUR ohne Umsatzsteuer wird der Auftraggeber für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, eine Abfrage aus dem Wettbewerbsregister gem. § 6 Abs.1 WRegG beim Bundeskartellamt durchführen.

☐

Mehrere Antworten wählbar

1.11 Angabe zur Zahlung von Steuern und Abgaben [Mussangabe]

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir meine/unsere Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt habe/haben.

Falls mein/unser Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir sofern diese dem Auftraggeber nicht bereits vorliegen, eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse - soweit mein/unser Betrieb dort nicht beitragspflichtig ist, der zuständigen Krankenkasse - vorlegen.

☐

Mehrere Antworten wählbar

1.12 Bereitstellung zusätzlicher Unterlagen [Mussangabe]

Mir/Uns ist bekannt, dass die jeweils genannten Bestätigungen/Nachweise zu den Eigenerklärungen innerhalb von 6 Kalendertagen nach Aufforderung durch die Vergabestelle vorgelegt/hochgeladen werden müssen, wenn ich/wir diese nicht bereits zum jetzigen Zeitpunkt vorgelegt/hochgeladen habe/haben bzw. wenn ich/wir nicht präqualifiziert bin/sind und dass mein/unser Angebot ansonsten ausgeschlossen werden muss

☐

Mehrere Antworten wählbar

1.13 Angabe zur Mitgliedschaft der Berufsgenossenschaft [Mussangabe]

Ich bin/Wir sind Mitglied der Berufsgenossenschaft.

Falls mein/unser Teilnahmeantrag / Angebot in die engere Wahl kommt werde ich/werden wir, sofern diese dem Auftraggeber nicht bereits vorliegen, eine qualifizierte Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des für mich zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsumme vorlegen.

[]

Mehrere Antworten wählbar

Ausschreibung

Verfahren: 2026001596 - Reutersbrunnenstr. 34, Neubau KJND und KJHZ, Baustrom und Baubeleuchtung

LEISTUNGSKRITERIEN

1 Nachunternehmereinsatz VOB-EU

Gewichtung: 0,00%

1.1 Nachunternehmereinsatz [Mussangabe]

Ich beabsichtige Nachunternehmer einzusetzen.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein, dann bitte in die nachfolgenden Felder "kein NU" eintragen (0)

Nur eine Antwort wählbar

1.2 Nachunternehmerliste VOB-EU [Mussangabe]

Nachfolgend aufgeführte Leistungen werden an Nachunternehmer übertragen.
Zur Ausführung der im Angebot enthaltenen Leistungen benenne ich/wir Art und Umfang der Teilleistungen, für die ich mich/wir uns der Fähigkeiten anderer Unternehmen bedienen werde(n).
Bitte geben Sie eine Zuordnung nach LV-Titel, Gewerk, Positionsnummer und Beschreibung der Teilleistung an.
Im Falle eines Nachunternehmereinsatzes sind den als Nachunternehmer vorgesehenen Firmen die vollständigen Vergabeunterlagen der ausschreibenden Dienststelle zur Angebotsabgabe zur Verfügung zu stellen.

1.3 Verpflichtungserklärung VOB-EU [Mussangabe]

Auf Verlangen der Vergabestelle werde(n) ich/wir
a) die Unternehmen benennen, deren Fähigkeiten ich mich/wir uns im Auftragsfall bedienen werde(n), und
b) die Verpflichtungserklärung(en) dazu vorlegen, dass mir/uns die erforderlichen Mittel dieser Unternehmen zur Verfügung stehen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zwischen mir/uns und diesen Unternehmen bestehenden Verbindungen.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)

Nur eine Antwort wählbar

2 Erklärung zur ausbeuterischen Kinderarbeit

Gewichtung: 0,00%

2.1 Erklärung zur ausbeuterischen Kinderarbeit [Mussangabe]

Gemäß Beschluss des Bau- und Vergabeausschusses vom 20.06.2006 sind bei Beschaffungen der Stadt Nürnberg künftig nur Produkte zu berücksichtigen, die ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne der ILO-Konvention Nr. 182 hergestellt und erbracht wurden bzw. deren Hersteller oder Verkäufer aktive und zielführende Maßnahmen zum Ausstieg aus der ausbeuterischen Kinderarbeit eingeleitet haben.

Ich bin mir/wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich falsche Erklärung meinen/unseren Ausschluss von diesem und weiteren Vergabeverfahren zur Folge hat. Ich/wir stimmen zu, dass diese Erklärung an Dritte, insbesondere Nichtregierungsorganisationen, die sich gegen ausbeuterische Kinderarbeit engagieren, weitergegeben werden darf.

Werden die von Ihnen angebotenen Produkte ganz oder teilweise in Asien, Afrika oder Lateinamerika hergestellt oder bearbeitet?

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (Es sind die drei nachfolgenden Punkte auszufüllen) (0)
☐ Nein (keine weiteren Angaben erforderlich) (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.2 Produktliste Kinderarbeit

Welche der angebotenen Produkte wurden in Asien, Afrika oder Lateinamerika ganz oder teilweise hergestellt oder bearbeitet?
Bitte geben Sie die jeweilige Pos.-Nr, Produktbezeichnung und Herstellungs- bzw. Bearbeitungsländer an.

2.3 Zertifizierung Kinderarbeit

Sofern eine unabhängige Zertifizierung (z.B. Fair Wear Foundation, Fairtrade), die bestätigt, dass das/die Produkt/e nicht unter Einsatz ausbeuterischer Kinderarbeit im Sinn der ILO-Konvention Nr. 182 hergestellt und/oder bearbeitet wurde/n vorliegt, wird ein entsprechender Nachweis hochgeladen.

- ☐

Mehrere Antworten wählbar

2.4 Alternative Nachweise Kinderarbeit

Es liegt kein Zertifikat/Siegel vor, alternativ ist ein Nachweis über einen Verhaltenskodex (code of conducts) oder eine Sozialklausel hochgeladen. Ist keiner dieser Nachweise erbracht, wird folgende Selbstverpflichtung abgegeben:
"Ich/wir versichern, dass das/die Produkt/e ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinn der ILOKonvention Nr. 182 hergestellt und/oder verarbeitet wurde/n. Ich/wir erkläre/n, dass mein/unser Unternehmen, meine/unsere Lieferanten und deren Subunternehmer aktive und zielführende Maßnahmen zum Ausstieg aus der ausbeuterischen Kinderarbeit eingeleitet haben (z. B. Erarbeitung wirksamer Kontrollmechanismen für Zulieferfirmen, Maßnahmen zur Rehabilitation und sozialen Eingliederung betroffener Kinder oder Verbesserung der Einkommenssituation von Familien mit Kindern)."

[]

Mehrere Antworten wählbar

3 Nebenangebote

Gewichtung: 0,00%

3.1 Nebenangebote [Mussangabe]

Mein/Unser Angebot enthält insgesamt die unten eingetragene Anzahl an Nebenangeboten.

(Die Gesamtanzahl muss die Anzahl der im Workflow erstellten Nebenangebote plus eventuell zusätzlich als Bieteranlage hochgeladene Nebenangebote umfassen)

4 Information zur Veröffentlichung

Wie sind Sie auf diese Ausschreibung / Teilnahmewettbewerb aufmerksam geworden.
(nur informativ)

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Bayerischer Staatsanzeiger (0)
- ☐ Amtsblatt der Stadt Nürnberg (0)
- ☐ Healy Hudson Deutsche E-Vergabe (0)
- ☐ sonstiges (0)

Nur eine Antwort wählbar

Typ	Dateiname	Größe	MIME-Type
Dateianlage	Standards HE Stand 10-11-2022_Version 2-2.pdf	4,23 MB	pdf
Dateianlage	REB34_Merblatt Baumschutz.pdf	482,24 KB	pdf
Dateianlage	REB34_Merkblatt Baulaerm.pdf	652,00 KB	pdf
Dateianlage	REB34_Baustelleneinrichtung_Lageplan.pdf	462,61 KB	pdf